

Er scheint täglich außer Montags. Abonnementspreis pränum. 1/4 Jährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 3,00 M., pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragene in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Morris

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Beerdigungs- und Besammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Rint 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Dienstag, den 6. Oktober 1896.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

William Morris †

Vorigen Sonnabend, den 3. Oktober, starb in London unser Genosse William Morris. Geboren im Jahre 1834 wurde der künstlerisch hochveranlagte Jüngling einer der Begründer der sogenannten Präraphaelitischen Schule, die in den unmittelbaren Kunstvorgängern des Idealisten Raphael sich die Muster suchte. Er wurde berühmt als Dichter und Kunstschriftsteller, und veranstaltete künstlerisch angefertigte und illustrierte Ausgaben englischer Klassiker, zum Beispiel Chaucer's Ausgaben von solcher Pracht und technischen Vollendetheit, daß die Herstellung in jedem anderen Lande, außer dem reichen England, unmöglich ist. Morris wurde jedoch nicht ausschließlich von der Kunst in Anspruch genommen — er wandte der Politik ein lebhaftes Interesse zu. Er huldigte den radikalsten Anschauungen und als der Sozialismus in England aufdämmerte, warf er sich mit Feuereifer in die Bewegung, für die er auch finanziell große Opfer brachte. Er half die „Sozialistische Liga“ gründen und gab das Geld für deren Wochenorgan, das „Commonweal“ (Gemeinwohl). An beiden Schöpfungen hatte er jedoch nicht viel Freude. Die „Socialist League“ wurde der Tummelplatz mehr oder weniger zweideutiger „Anarchisten“, die dann im „Commonweal“ die tollsten Orgien aufführten. Morris merkte allmählich, daß er in bedenkliche Gesellschaft gerathen war — er zog sich zurück und aus Mangel an Fonds ging die Liga sowohl als ihr Organ bald den Weg alles Fleisches.

Morris aber trat in die „Social democratic Federation“ und wurde einer der einflussreichsten Vorkämpfer der Sozialdemokratie in England. Auf dem Pariser Kongress lernten wir ihn persönlich kennen und seine „Kunde von Nirgendwo“ — eine der besten, wo nicht die beste der modernen Utopien, ist der deutschen Arbeiterklasse durch eine Uebersetzung zugänglich gemacht worden. Im Frühling dieses Jahres entwickelte sich bei ihm eine Nierentransparenz, die sehr bald einen bedrohlichen Charakter erlangte. Als wir Morris Anfangs Juni besuchten, war er sehr hilflos. Der Arzt schickte ihn nach Norwegen. Sein Zustand besserte sich jedoch nicht. Vor 6 oder 7 Wochen mußte er nach London zurückkehren, wo er in seinem Künstlerheim an der Brücke von Hammer Smith, das er uns schön beschrieben, vorgestern sein arbeitsreiches, nur den edelsten und höchsten Aufgaben gewidmetes Leben beschloß.

Ehre dem treuen Genossen und tapferen Mitstreiter!

Von anderer Seite wird uns noch folgendes Lebensbild des Verstorbenen zugesandt:

Dem Sozialismus ist wieder einer seiner edelsten Vorkämpfer durch den Tod entrissen worden. William Morris ist am 3. Oktober in dem Londoner Vororte Hammer Smith nach längerer Krankheit, 63 Jahre alt, gestorben. Bis an sein Lebensende in Wort und Schrift, in Prosa und in Versen voll dichterischem Schwunge für die großen Ideen des Sozialismus wirkend, hat unser Genosse gleichzeitig auf Kunst und Literatur seines Heimath-

landes einen dauernden Einfluß ausgeübt. Ein Volkstisch im schönsten Sinne des Wortes war er im Wirken und Sein als Künstler, Dichter und Politiker ein Vorbote der kommenden Zeiten höher entwickelter Menschlichkeit, die er mit uns in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung vorzubereiten strebte.

William Morris wurde 1834 in Walthamstow in der Nachbarschaft von London geboren. Sein Vater, ein wohlhabender Kaufmann, konnte ihm eine gute Erziehung angedeihen lassen. Auf der Universität Oxford erhielt er eine akademische Bildung, wandte sich aber, beeinflusst durch John Ruskin, Englands hervorragendstem Kunsthistoriker, frühzeitig künstlerischen Studien zu. Zusammen mit dem Malern Burne-Jones und Rossetti entwickelte er seine Eigenart in der sogenannten präraphaelitischen Schule, die die frivole und flüchtige Gegenwart für den künstlerischen Ernst und die ideale Begeisterung der religiös angehauchten Kunst am Ausgange des Mittelalters zu erwärmen und die Kunstideale jener Vergangenheit zu neuem Leben zu erwecken suchte. Was diese Schule an Innerlichkeit und Vertiefung gewann, häßte sie indes an Lebenswahrheit ein. Die Malerei war auch nicht der eigentliche Beruf von William Morris. Er erkannte bald, daß er auf diesem Gebiete Hervorragendes nie würde leisten können und mit gesunder Selbstbeschränkung wandte er sich deshalb der Heranbildung einer dekorativen Kunst zu, die unter der Herrschaft des plattesten Philistergeschmacks völlig in Verfall gerathen war. Mit einigen Gleichgesinnten eröffnete er im Jahre 1861 ein Atelier für die Innendekoration von Bohnräumen. Er wandte echt künstlerische Prinzipien auf die Entwerfung von Tapetenmustern und Teppichen an und hat dadurch das Seine beigetragen, das englische Kunsthandwerk in den letzten Jahrzehnten auf eine bis dahin nie erreichte Höhe zu heben.

Während ihm diese Thätigkeit zum Broterwerb diente, hat Morris von seiner Studienzeit an auch die Dichtkunst gepflegt. Seine Stoffe wählte er sich meist aus der griechischen Antike und der germanischen Vorzeit und suchte in schöner, formvollendeter Sprache eine ideale Menschlichkeit zu schildern, wie sie ihm als Ziel, als reife Frucht einer sozialistischen Gesellschaftsordnung vorzuschwebte. Denn Morris, der Künstler und Dichter, war gleichzeitig ein überzeugter Sozialist, der nie müde wurde, für die Sache des kämpfenden Proletariats einzutreten. Ohne ein glänzender Redner zu sein, hat er oft genug in klaren überzeugenden Worten die sozialistischen Ideen vertreten und die Bewegung in England mächtig gefördert. Er war einer der Mitbegründer der „Demokratischen Föderation“, aus der später die „Sozialdemokratische Föderation“ erwuchs. Nach vorübergehender Abkehr von dieser Organisation ist er in seinen letzten Lebensjahren mit ihr wieder in voller Sympathie gewesen. Er hatte nämlich im Jahre 1888 die „Sozialistische Liga“ begründet und für deren Blatt „Commonweal“ Artikel geschrieben, war aber durch die Anarchisten, die Einfluß in diesem, seitdem eingegangenen Blatte gewonnen, zum Austritt gebrängt worden. Unter seinen sozialistischen Profabdichtungen sind die bekanntesten „John Bull“ und „News from Nowhere“, letzteres unter dem Titel „Kunde von Nirgendwo“ in ausgedehnter Uebersetzung auch in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht.

Morris hat in späteren Lebensjahren noch versucht, die Grundsätze des Kunsthandwerks auch im Buchdruck zur Geltung zu bringen und deshalb eine eigene Druckeret, die „Reynolds Press“ begründet, in der wahre Musterdrucke hergestellt

werden. Auch der sozialistischen Bewegung hat er sein künstlerisches Können direkt nützlich gemacht. Vielen unserer Leser werden seine dekorativ gehaltenen Zeichnungen zu proletarischen Festen, besonders der Maifest-Feiern bekannt sein.

Von Figur war Morris breitschultrig; die kräftigen gesunden Gesichtszüge von einer Fülle grauen Bartes und Lockenhaares umrahmt. Häufig wurde er für einen alten Seemann gehalten. Mit offener Herzlichkeit verkehrte er mit Genossen jeder Lebensstellung. Lange Zeit hindurch war sein Haus einer der Mittelpunkte für den Verkehr der englischen Sozialisten. Daß Morris, ein Mann von so ausgesprochen künstlerischen Neigungen und einer so künstlerischen Lebensauffassung und künstlerischen Lebensführung gleichzeitig als eifriger Sozialist für die Verwirklichung des Sozialismus bis an sein Lebensende gearbeitet hat, liefert eine schlagende Widerlegung der thörichten Behauptung unserer Gegner, daß die Sozialdemokratie kunst- und kulturfeindlich sei. Freilich auch das Leben und Thun von William Morris wird diese Gegner nicht eines besseren belehren, haben sie sich doch blind und sogar feindlich gestellt gegen die Bestrebungen des deutschen Proletariats, sich die besten Erzeugnisse der dramatischen Kunst zugänglich zu machen.

Wir aber, die sozialistischen Kampfgenossen aller Völker, verehren in William Morris einen der vorbildlichen Vorkämpfer, die für unsere große Sache gelebt und geforscht, gestritten und gelitten haben.

Politische Uebersicht.

Berlin, 5. Oktober.

Die Nationalliberalen dürfen Kanigerei treiben, das ist das Ergebnis des nationalliberalen Parteitagcs. Der Antrag der alten Nationalliberalen, der sich gegen den Antrag Kanig und andere agrarische, monopolistische und sonstige nicht liberale wirtschaftspolitische Erscheinungen der letzten Zeit richtete, vereinigte ganze 50 Stimmen auf sich, die erdrückende Mehrheit war dagegen. Die nationalliberalen Agrarier mußten, was sie ihren Gegnern bieten durften, sie drohten mit der Spaltung, wenn die Politik des Bundes der Landwirthe mit den Grundsätzen der nationalliberalen Partei für unvereinbar erklärt worden wäre. Dagegen wurde die Zwangsuntersuchungsvorlage freilich gegen eine starke Minorität für bedenklich erklärt und das Festhalten an der Goldwährung zum Beschluß erhoben. Sehr bedeutungsvoll ist, daß ein Antrag für die Aufrechterhaltung des Reichstags-Wahlrechts mit mehr als Zweidrittelmehrheit, nämlich gegen 130 Stimmen, abgelehnt wurde. Die „National-Zeitung“ macht dafür geltend, daß der Antrag überflüssig sei, weil eine Resolution schon sich für die volle Wahrung der konstitutionellen Rechte“ ausgesprochen habe. Daß eine Partei, wie die nationalliberale, einen solchen Antrag nicht ablehnen darf, am wenigsten in einer Zeit, wo starke Strömungen die Aenderung des Reichstags-Wahlrechts anstreben, ist sonnenklar. Die Ausrede der „National-Zeitung“ wird niemanden darüber täuschen, daß auf die Nationalliberalen bei Vertheidigung des

Zwei Gedichte von William Morris.

Vorwärts!

Was bedeutet dies Getöse, das in aller Ohr erklingt, Gleich dem Wind in den Thälern, der Gemüthstürme bringt, Gleich des Meeres dumpfem Brausen, dessen Groll die Nacht verschlingt?

's ist das Volk, es zieht heran. Woher kommt es, wohin geht es? Wessen Art ist's, wess' Geschlechts?

Zwischen Hölle und Himmel, sagt mir, wo ist seiner Heimath Recht?

Ist für Gold es zu verkaufen? Will's verdingen sich als Knecht? Näher schon tönt es heran.

Horch des Donners weites Rollen! Schau' zur Sonn'! Aus hoffnungsvollen Herzen steigt's empor mit Grollen Und das Heer marschirt heran.

Dual und Jammer zu entflehen, strebt es zur Glückseligkeit; Jeder Winkel ist ihm Heimath auf der Erde weit und breit. Wollt ihr's knechten und entrechten, eilt, zu ruhen noch die Zeit, Denn das Ende naht heran.

Seine Hand baut eure Häuser, webt er's Binnen, schafft er's Brot. Bettet euch auf weichen Pfähle, bannt von eurem Herd die Noth. All' dies wirkt es, heut' und immer, Sklave eurer Macht Gebot, Bis das Heer marschirt heran.

Horch des Donners weites Rollen! Schau' zur Sonn'! Aus hoffnungsvollen Herzen steigt's empor mit Grollen Und das Heer marschirt heran.

Manch' Jahrhundert trug's die Frohne, kumm, geduldig, taub und blind; Nichts entriß es seinen Sorgen, ein in Schlaf gelulltes Kind. Da auf einmal jetzt erwacht ist's, seinen Schrei beschwingt der Wind, Und im Marschschritt zieht's heran.

Hört, ihr Reichen und erztittert! Deutlich spricht der Zeiten Mund: „Wir Euterblen lösen uns're Ketten diese Stund“ Und zum Kampfe für die Menschheit zieh'n wir Männer auf im Bund

Und marschir'n als Heer heran. Horch des Donners weites Rollen! Schau' zur Sonn'! Aus hoffnungsvollen Herzen steigt's empor mit Grollen Und das Heer marschirt heran.

„Wollt, wenn's Krieg, mit euren Reichen nähren ihr der Flammen Schein?

Wenn es Frieden, nicht gesellen euch zu uns, der Brüder Reih'n? Kommt und lebt. Denn neues Leben tagt der Welt, die wir befrei'n,

Und die Hoffnung zieht voran.“

Vorwärts zieh'n wir, Proletarier! Wilt! Was machtvoll näher klingt,

Ist des Freiheitskampfes Schlachtruf, der die ganze Welt durchbringt.

Vorwärts! Für der Menschheit Hoffen hoch im Sturm das Banner schwingt!

Und die Welt marschirt voran. Horch des Donners weites Rollen! Schau' zur Sonn'! Aus hoffnungsvollen Herzen steigt's empor mit Grollen Und das Heer marschirt heran.

(Aus dem Englischen von W. L. Rosenberg.)

Der Schrei der Plage.

Ich hörte sie sagen: Laß hoffen und klagen, Es wird doch immer dasselbe sein!

So heute wie morgen bringt Kummer und Sorgen, Bringt endlose Sorgen und trostlose Pein!

Als die Welt noch jünger, in Dual und Hunger, Die Hoffnung, sie lählte uns Herz und Arm, Da führten Gelehrte, in Worten bewährte, Uns gegen das Unrecht und gegen den Darm.

Dies in den Geschichten und Ruhmesgedichten Die Namen der Großen, wie sich's gebührt; Dann sieh', wie wir werden und langsam verderben, Inmitten der Freiheit, zu der sie geführt!

Wo geschwind und geschwind der eiserne Schinder, Den wir geschaffen, das Werkzeug treibt; Reißt und Schätze ergründet und kurzweil erfindet Für Andre, daß uns nichts übrig bleibt.

In elenden Kammern verkümmert wir jammern, Was wissen wir, ob die Welt ist schön! Wir müssen uns scheuen, uns're Brut uns zu freuen, Sie wird, gleich uns ja, zu grunde geh'n.

Kein Gott läßt sich rühren; wer soll uns nun führen Heraus aus der Hölle, die uns umloht? Wir sehen nur Lügner, Betrogne, Betrüger, Die Großen sind klein und die Weisen sind todt.

Ich hörte sie sagen: Laß hoffen und klagen, Die scheuernde Klinge verschont nicht das Schaf; Sind wir denn nicht stärker als all' uns're Ketten, Sobald die Erkenntniß uns schüttelt vom Schlaf?

Komm', uns zu verbinden, die Stunden entschwinden, Und Rettung liegt nur in mir und in dir! Die Hoffnung belebt uns und Licht umschwebt uns, In siegender Klarheit marschiren wir!

Laß kältere Herzen nur lachen und scherzen Mit klüchtiger Lust von der Furcht versgällt; Indeh' wir erglühend und Leben versgähnt Dem Kampfe uns weih'n für die neue Welt!

Komm', uns zu verbinden, eh' Stunden entschwinden, Die Sturmsaat steigt über den Erdenball! Die Welt erztittert, von ihr erschüttert, Und Freude nur bringt sie für uns all!

(Aus dem Englischen übersetzt von H. Scheu.)

Reichstags-Wahlrecht kein Verlaß ist, was man übrigens auch schon vor dem nationalliberalen Parteitag wußte.

Der nationalliberale Parteitag beweist, daß von der Partei nichts mehr übrig geblieben ist als der Name, der ja auch schon längst jeden Klang verloren hat.

Die Interessen-Gemeinschaft der fiskalischen Bureaukratie und des Unternehmertums wird durch ein Schriftstück wieder ins hellste Licht gerückt, das der „Leipziger Volkszeitung“ zugeflogen ist. Es hat folgenden Wortlaut:

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Halle a. S., den 1. September 1896.

Betrifft: Arbeiterlohnverhältnisse.

Vertraulich.

Der evangelische Arbeiterverein zu Leipzig ist namens der auf den preussischen Bahnhöfen in Leipzig beschäftigten Arbeiter um Erhöhung der Löhne, Vergütung von Ueberstunden, Regelung der Arbeitszeit und Weiterzahlung der Löhne während der Dauer der Ableistung einer militärischen Uebung vorstellig geworden.

Für die Prüfung der erhobenen Ansprüche ist es uns von Wichtigkeit zu wissen, welche Löhne in anderen Betrieben den Handarbeitern gezahlt werden und wieviel Arbeitsstunden dafür zu leisten sind, um so einen Vergleich zwischen den von der preussischen Staatsbahnverwaltung in Leipzig gezahlten Arbeiterlöhnen und den Löhnen gleichartiger oder ähnlicher Betriebe ziehen zu können.

Wir glauben in dieser Angelegenheit mit den übrigen Arbeitgebern um so mehr Fühlung nehmen zu sollen, als bei der großen Anzahl der von uns beschäftigten Arbeiter eine Erhöhung der Löhne unserer Arbeiter über den in Leipzig üblichen Durchschnittslohn hinaus zweifellos eine allgemeine Forderung auf Lohnverhöhung hervorrufen würde.

Wir ersuchen daher ergebenst, uns gefälligst recht bald mittheilen zu wollen, welche Löhne bzw. welche Naturalzulagen neben dem Grundlohn die bei Ihnen beschäftigten gewöhnlichen Handarbeiter — nicht Handwerker — beziehen, wie die Löhne steigen und wieviel Arbeitsstunden dafür täglich zu leisten sind.

Gleichzeitig ersuchen wir um gefällige Auskunft, ob und welche Vergütungen für Ueberstunden gewährt und ob die Löhne während der Dauer einer militärischen Uebung weitergezahlt werden.

CaHo.

Welcher vernünftige Mensch kann danach noch verlangen, daß der Arbeiter Vertrauen zu einem Staate fassen soll, dessen Bureaukratie in all und jedem auf den Klassengegner des Arbeiters, auf den Unternehmer, zu nächst Rücksicht nimmt! —

Gotteslästerung und Majestätsbeleidigung. Wegen Gotteslästerung hatte sich am 30. September vor der Strafkammer in Leipzig der Lehrer und Kantor Rudolf Peiser aus Langenwalsdorf zu verantworten. Der Angeklagte soll im vorigen Jahre in dortigen Wirthshäusern bedenkliche Behauptungen in Bezug auf die Geburt Christi aufgestellt haben. Einer der damaligen Zuhörer, mit dem sich Peiser nachher verfeindete, spielte den Denunzianten und darauf wurde das Strafverfahren wegen Gotteslästerung eröffnet. Der Angeklagte behauptete in der Verhandlung, daß er falsch verstanden worden sei, er habe aus der „Preussischen Lehrerschaft“ einen Artikel vorgelesen, wonach ein russischer Forscher in einem buddhistischen Kloster Urkunden gefunden habe, in denen das Leben Jesu in anderem Lichte hingestellt wird. Ferner habe er die Ansicht einiger Sozialdemokraten wiedergegeben, die er anlässlich einer Versammlung in Langenwalsdorf gehört. Er habe noch hinzugefügt: man müsse an der Lehre der Bibel festhalten. Von den zußf. vernommenen Zeugen konnte sich keiner mehr auf den Sinn der damaligen Äußerungen erinnern, nur ein Zeuge behauptete, daß der Angeklagte jene inkriminierte Äußerung als eigene Uebersetzung am Bierische produziert habe, ohne der sozialistischen Redner zu erwähnen.

Der Staatsanwalt beantragte die Freisprechung, da die Verhandlung ein anderes Resultat gezeitigt habe, als die Verurteilung. Außerdem seien die Äußerungen im engeren Kreise gefallen, strafbar mache sich aber nur der, welcher öffentlich in beschimpfenden Äußerungen Gott lästert und dadurch ein Kerkerniß giebt. Der Gerichtshof schloß sich dieser Ansicht an und sprach den Angeklagten frei.

Interessant sind die Ausführungen des Staatsanwalts. Hier kam es also nicht auf die Beleidigung, wenn eine solche vorgelegen hätte, an sich an, sondern ob dieselbe „öffentlich“ oder im „engeren Kreise“ gethan wird.

Welch' Unterschied da bei Majestätsbeleidigungen! Von einem engeren Kreise ist in einem solchen Falle niemals die Rede, sondern es genügt schon, wenn eine Person es nur hört, ja selbst, wenn dieselbe durch die Wand das beleidigende Wort vernimmt, wie es erst vor kurzem der Fall war. Ist es doch in Breslau einmal passiert, daß auf Grund eines Briefes, den ein Chemiker an seine Frau geschrieben und in welchem auch eine „unehrbedingte“ Äußerung enthalten war, auf Grund der Denunziation seiner Frau zu neun Monaten Gefängnis verurtheilt worden ist. Wir haben gegen die Ansicht des Leipziger Staatsanwalts nichts einzuwenden, wir beleuchten nur dieselbe, um damit dem Publikum zu zeigen, daß Gotteslästerung und Majestätsbeleidigung zwei nicht nur verschiedene Begriffe sind, sondern daß auch eine Majestätsbeleidigung ganz anders aufgefaßt wird, als eine verächtliche Äußerung über Christus. Würde man bei Beleidigungen des Landesherren von demselben Standpunkt ausgehen, daß dieselben nur dann strafbar sind, wenn sie öffentlich geschehen, dann würde die Zahl der Verurtheilungen um mindestens 70 pCt. abnehmen. So aber wird dem Denunzianten Thor und Thüre geöffnet und es braucht nur einer sich mit dem anderen zu verfeinden, so geht er, um seinen Rachebist zu stillen, zum nächsten Staatsanwalt und zeigt seinen früheren Freund wegen Majestätsbeleidigung an. Der Herr Denunziant kann dann gewiß sein, daß der andere auf Monate hinter Gefängnismauern verschwindet.

Der Zar ist in Frankreich angekommen, umtost von dem Jubel der Chauvinisten und zitternd vor Angst. Alle Fenster der Straßen, durch die er in Paris zu fahren hat, sind von der Polizei russisch überwacht, die Straßen selbst mit Polizei gefüllt — französischer und russischer. Die französischen Schutzleute haben Befehl erhalten, während des Einzuges nach russischer Sitte dem Volke das Gesicht, dem Zaren — die Rückseite zu präsentiren, was nach unseren Begriffen zwar nicht sehr ehrerbietig ist, aber es leichter macht, Attentäter zu sehen, falls solche der Polizei den Gefallen thun, sich ihr bei dieser Gelegenheit zu zeigen. Die „Rossische Zeitung“ spricht dem Russenkollekt der französischen Chauvinisten — die sie selbstamerweise mit dem französischen Volke verwechselt — zwar jede tiefere Bedeutung ab, macht aber doch — in bekannter Logik — eine unterthänige Reverenz vor unserem Schutzheligen St. Militarismus.

Die Einzigen, die im zarentösen Frankreich die Würde bewahren, sind die Sozialisten. Während alles vom Präsidenten der Republik bis zum letzten Tinentuli in dem Gedanken schwelgt, sich vor dem Zaren zu erniedrigen, zeigen unsere Parteigenossen, welche Haltung sich für ein demokratisches Volk gebietet; dies beweist auch die Meldung

von der Haltung des Viller Gemeinderaths, die wir am Sonnabend unter Depeschen gebracht haben.

Das revolutionäre Zentralkomitee (Blanquisten) hat bekanntlich in energischer Weise gegen den Zarenempfang protestirt. Unser Pariser Korrespondent schreibt hierzu:

Es ist hervorzuheben, daß E. Landrin, der den (von uns schon telegraphisch gemeldeten) Protest des Zentralkomitees unterzeichnete, in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Pariser Gemeinderaths die Zarenempfangskredite votirt hatte. Er wird sich also nachträglich seines schweren Fehlers bewußt gemorden sein.

Die Bourgeoispreffe macht sich über die sozialistischen Proteste lustig und fährt fort zu behaupten, daß das gesamte Pariser Volk die Zarenbegeisterung des herrschenden Klängels theile. Das ist eine patriotische Nothlüge. Das Proletariat von Paris wird zwar aus begreiflicher Neugier das Dekorations-Brimborium sich ansehen wollen, es bleibt aber dabei durchaus kühl und gleichgiltig gegenüber dem Anlaß des ganzen Spektakels. Schreiber dieser Zeilen hörte mehrfach Äußerungen des Unwillens seitens Pariser Arbeiter gegen die kostspielige und servile Zarenfeier. Die gleichgiltige Stimmung der Arbeiterklasse wird von allen objektiven Beobachtern konstatiert. So reich die Straßen, in denen die Banden und ihre Gleichen wohnen, dekoriert sind, so kahl und schmucklos sind die Arbeiterviertel; so sprechen die Straßen eine beredte Sprache von der Befinnung der Pariser Bevölkerung.

Das internationale Kapital, das in hohem Maße an den Schweizer Bahnen durch Aktienbesitz und durch die drohende Verstaatlichung derselben bedroht ist, hat trotz der größten Anstrengungen in Bezug auf Agitation, Beeinflussung der Schweizer Presse, Aufstachelung der Radikalen zc. eine schwere Niederlage in der gestrigen Abstimmung des Schweizer Volkes über das Rechnungsweisen der Eisenbahnen erlitten. Dieses Gesetz, das den Vorläufer der Verstaatlichung der schweizerischen Eisenbahnen bildet, wurde mit 220 058 gegen 170 616 Stimmen angenommen. Der Erfolg ist um so bedeutungsvoller, als die beiden anderen der Volksabstimmung unterlegenen Gesetze, das Viehhandels- und das Militärdisziplinargesetz, verworfen wurden.

Deutsches Reich.

— **Zum Gesekentwurf** betreffend die Abänderung der Gewerbe-Ordnung zu Gunsten der Zwangsorganisation des Handwerks nahm am 2. Oktober die Gewerbe-Kammer in Leipzig Stellung. Bereits am 14. September 1896 hat in Dresden eine Präsidialkonferenz der sächsischen Gewerbe-Kammern stattgefunden, die sich im Prinzip für die Zwangsorganisation aussprach und 64 Verbesserungsvorschläge machte. Die Leipziger Gewerbe-Kammer stimmte gleichfalls im Prinzip dem Entwurfe zu und schloß sich in Bezug auf die Verbesserungsansprüche den Beschlüssen der Präsidialkonferenz an. Nur insoweit nahm die Kammer einen gesonderten Standpunkt ein, als sie beschloß, dahin zu wirken, daß die Bestimmung des Entwurfs, nach der diejenigen von der Zwangsorganisation ausgeschlossen sein sollen, die ein Gewerbe fabrikmäßig betreiben, gestrichen werde.

— **Pfandrecht der Bauhandwerker.** Im Reichsjustizamt werden, wie wir schon gemeldet, die Vorarbeiten für einen Gesekentwurf, betreffend das Pfandrecht der Bauhandwerker, soweit gefördert sein, daß die Möglichkeit vorliegt, den Entwurf dem Reichstag noch in der bevorstehenden Session vorzulegen. In den Kreisen der verbündeten Regierungen sollen dabei sehr erhebliche Meinungsverschiedenheiten darüber herrschen, ob es überhaupt thunlich sei, diese Materie der Reichslegislation zu überlassen. Maßgebend bei diesen Erörterungen dürfte der Umstand sein, daß die Einräumung eines Schutzes der Bauhandwerker nicht nur in räumlich beschränkten Grenzen notwendig sein dürfte, d. h. daß dies nur in den Großstädten mit ihren Vororten der Fall sein wird. In einzelnen Regierungen neigt man sich der Auffassung zu, man brauche ein einheitliches Gesetz überhaupt nicht, vielmehr würden lokale Polizeiverordnungen vollständig genügen. Auf der anderen Seite wiederum wird geltend gemacht, daß sich auf die Länge der Zeit eine Gesetzgebung in diesem Falle gar nicht vermeiden lassen, da die Entwicklung zahlreicher Mittelstädte in sehr kurzer Zeit die Einführung solcher Vorschriften auch für sie notwendig machen würde, es aber prinzipiell bedenklich erscheinen dürfte, der Staatsgesetzgebung die Regelung dieser Materie zu überlassen, da sie dann durch einen besonderen Akt der Reichslegislation in Form einer Novelle zum Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesekbuch der Spezialgesetzgebung der Staaten vorbehalten werden müßte. Mögen nun immerhin noch verschiedene Schwierigkeiten in dieser Beziehung zu überwinden sein, so glauben wir doch nicht, daß der Reichstag, falls ihm die Vorlage nicht im Laufe des Winters zugehen sollte, dazu stillschweigen wird; es dürfte vielmehr eine noch weit energischer Stellungnahme des Reichstages als bei Gelegenheit des Antrages Wasserhahn im letzten Winter zu erwarten sein und die Reichsregierung wird schließlich doch, den etwaigen Widerstand einzelner Regierungen überwindend, ihren Entwurf einbringen müssen.

— **Der Ansturm der Bäckermeister** gegen die Bundesraths-Verordnung zum Schutze der Bäcker-Arbeiter, deren Rechtsgiltigkeit bestritten wird, ist heute von einem Berliner Gerichte (s. Gerichts-Zeitung) abgeschlagen worden. Auch bei den höheren Instanzen werden die Herren, die nach dem Schutze des Handwerks rufen und jeden Schutz der Arbeiter während bekämpfen, kein Glück haben. Das Urtheil ist eine Blamage der Justiz und Wähler, die die Bäckermeister mit ihren Reden im Abgeordnetenhaus aufs Glättste führten.

— **Genosse Reichstags-Abgeordneter Meißner** ist nun bereits zum dritten Mal vor den Untersuchungsrichter geladen, um als Angeklagter vernommen zu werden. Die Ladungen erfolgten zum 28. und 29. September und die letzte zum 3. Oktober. Das bemerkenswertheste aber ist, daß in jeder der Vorladungen der Passus enthalten ist: „Im Falle Ihres Ausbleibens wird Ihre Vernehmung erfolgen!“

Genosse Meißner denkt gar nicht daran, der Vorladung Folge zu geben, und wir sind gespannt darauf, ob der Herr Untersuchungsrichter es wagen wird, seine Androhung, die gegen die den Reichstags-Abgeordneten gesetzlich gewährleistete Immunität verstößt, wahrzumachen.

— **Die Begnadigung von Polizeibeamten,** welche wegen Mißhandlung verurtheilt worden sind, scheint, wir zitiren wörtlich das „Berliner Tageblatt“, bei uns nachgerade Prinzip werden zu sollen. In einer Provinzialzeitung finden wir folgende Mittheilung:

Die Polizeibeamten Wachtmeister Fischer und Schuhmannauer, welche wegen Mißhandlung des Schreinergehilfen Weiden im Januar d. J. von der Strafkammer zu Düsseldorf zu fünf beziehungsweise drei Monaten Gefängnis verurtheilt wurden, sind unter gleichzeitigem Erlaß der Gerichtskosten begnadigt worden.

Leider geht aus dieser Notiz nicht hervor, ob die beiden Beamten einen Theil ihrer Strafe schon verbüßt haben oder ob sie ganz frei ausgegangen sind. Aber wie dem auch sei, die wiederholten Begnadigungen ähnlicher Art sind eine so auf-

fallende Erscheinung, daß von dem Justizminister im Abgeordnetenhaus sicherlich klare Auskunft verlangt werden wird, was ihn zu der Befürwortung der Gnadensuche veranlaßt hat.

Das „Berl. Tageblatt“ macht sich merkwürdige Illusionen über die Zusammenfassung des preussischen Abgeordnetenhauses. Herr Schönstedt weiß die Leute richtiger zu werthen.

— **Die Herren von der Polizei** erfreuen sich des besonderen Wohlwollens der Köliner Gerichtsbehörden. Das lehren folgende zwei Vorkommnisse, über die wir in der „Rhein-Zeitung“ berichtet finden. Während der Strafkammer-Verhandlung in einer Sache, die ein ausgedehntes Verhöre notwendig machte, wies der Vorsitzende den Amtsdieners an, dafür zu sorgen, daß der überfüllte Zuhörerraum ruhig sei, daß ferner auch im Fluß, wo sich die Zeugen aufhielten, Ruhe zu herrschen habe; man könne sein eigenes Wort nicht verstehen, wenn die Thür zum Vorräum geöffnet werde. Trotz wiederholter Versicherung des Dieners, daß er sein möglichstes gethan, wurde ihm ausdrücklich befohlen, nach draußen zu gehen und Ruhe zu stiften. Der Diener folgte und kam wieder herein mit der Meldung: „Ich habe es dem Herrn Kommissar gesagt!“ Der Vorsitzende bedeutete ihm, daß er ihm keinen Befehl gegeben habe, dem Herrn Kommissar eine Klage zu erheben, worauf der Diener erwiderte, daß die Menge draußen sich ruhig verhalte und nur der Herr Kommissar mit einem Herrn in lautem Ton sich unterhalte. Der Vorsitzende fand es nun für richtig, die Verhandlung zu unterbrechen und das Gericht sich zur Beratung zurückziehen zu lassen, wozu der Diener zugezogen wurde. Nachdem der Gerichtshof wieder Platz genommen hatte, sprach der Vorsitzende sein Bedauern aus, daß der Herr Kommissar nicht mehr anwesend sei, sonst würde er demselben mittheilen, daß er ihn mit der Aufforderung um Ruhe nicht habe treffen wollen.

Ein zweiter Fall. Der Polizeikommissar Striegnitz war als Zeuge zu einer Schöffengerichts-Verhandlung ohne Entschuldigung ausgeblieben. Der Staatsanwalt meinte: Der Herr Kommissar hätte erscheinen müssen, und fragte dann einen Schutzmann: Ist der Herr Kommissar verreist? Der Schutzmann antwortete: Ich weiß nicht, ich will einmal anfragen. Vorsitzender: Sollen wir die Entschuldigung abwarten? Der Staatsanwalt beantragte 10 M. Ordnungsstrafe, indem er hervorhob: Es scheint, daß der Herr Kommissar verhindert ist, aber er mag sich dann entschuldigen. Das Gericht setzte 10 M. Strafe fest. Nach Verlauf einer Stunde erschien der Kommissar mit der „Entschuldigung“, der Termin sei ihm infolge vieler Arbeit durch den Kopf gegangen, auch habe er gewußt, daß der Angeklagte nicht mehr hier sei. Da habe ich geglaubt... Ich beantrage die Aufhebung der Ordnungsstrafe! sagte der Staatsanwalt. Das Gericht beschloß demgemäß. Der Umstand, daß einem etwas durch den Kopf geht, pflegt sonst nicht als genügender Entschuldigungsgrund zu gelten.

— **Vom Münster.** Der „Rhein-Beifal Arbeiter-Bl.“ wird aus Berlin geschrieben: Der frühere Gendarm und jetzige Gendarmereisenschreiber Gustav Münster scheint wieder Lust zu haben, „sich zu verändern“. Denn er hatte sich vor einigen Wochen um die Bürgermeisterstelle in dem Städtchen Alt-Landsberg beworben, erhielt aber keine einzige Stimme. Es ist immerhin bezeichnend für Münster, daß er auf Posten Anspruch macht, die nach Ansehen und Einkommen seine bisherige Stellung weit überlegen.

Mainz, 6. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der Landtags-Wahl haben die Sozialdemokraten mit 1035 Stimmen glänzend gestzt. (1890 erhielten wir nur 1282 Stimmen.) Das Zentrum erhielt 1270, die Nationalliberalen 797, die Demokraten und Freisinnigen 452 Stimmen. Die Wahlbetheiligung war lebhafter als früher. Weibstädtische Mandate sind von uns behauptet worden. Somit können wir die besten Hoffnungen für die Reichstags-Wahl haben.

Offenbach am Main, 6. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der Landtags-Wahl für Offenbach (Stadt) haben wir glänzend gestzt und den nationalliberalen Kammerpräsidenten aus dem Felde geschlagen.

— **Die Steuerkommission** des württembergischen Landtages wird am 19. Oktober zusammentreten und mit der Einzelberatung des Einkommensteuer-Gesekes beginnen, worauf eine allgemeine Beratung des Gemeindesteuer-Gesekes in Angriff genommen werden soll. Nach der ersten Lesung des letzteren Gesekentwurfs in der Kammer wird die Kommission mit der Einzelberatung beginnen.

— **Das Bezirksamt in Rehl i. W.** hat die nach Neuwahl einderufenen Volksversammlung, wo Bebel seinen Straßburger Wählern den Bericht über seine Thätigkeit im Reichstage geben sollte, verboten, ebenso ein Volksfest, das an stelle der Versammlung geplant war. Die Spaziergänger, die sich am Sonntag in riesiger Zahl in Neuwahl einfanden, wurden von der Polizei bei Androhung von Wassergewalt aufgefordert, heimzugehen. Da in Straßburg kein Lokal für sie zu haben ist und die Versammlungen auf badischem Boden von der Behörde verweigert worden, liegt also die Thatfache vor, daß es einem Mitgliede des deutschen Reichstages, das ein Faktor der Gesetzgebung, unumgänglich gemacht ist, seinen Wählern die so notwendige mündliche Rechenschaft darüber abzulegen, wie er ihre Interessen im Parlament wahrzunehmen hat. Das ist für den Grad der Achtung, den die fiskalische Bureaukratie der deutschen Volksvertretung entgegenbringt, bezeichnend. Was sagt die für die Freiheit in Galizien besorgte „Tante Joss“ dazu? —

Oesterreich.

— **Dr. Julius Gregor,** einer der Führer der jug-slawischen Partei und Hauptredakteur ihres leitenden Partei-blattes, des „Narodni Listy“ ist im Alter von 64 Jahren gestorben.

Ungarn.

— **Der Reichstag** wurde heute mit einer Thronrede geschlossen. Bemerkenswerth ist in derselben die besondere Betonung der freundschaftlichen Beziehungen mit Rumänien. Ueber die politische Lage findet sich folgender Abfag: „Im allgemeinen können wir Sie mit Freuden davon verständigen, daß wir mit sämtlichen Mächten in best-freundschaftlichen Beziehungen stehen und uns zu der sicheren Hoffnung berechtigt halten, daß der Friede auch fernerhin nicht gestört werden wird.“

Frankreich.

Paris, 4. Oktober. Die Protestversammlung der Blanquisten gegen den Zarenempfang war sehr zahlreich besucht. Sämtliche Redner geißelten unter dem lebhaftesten Beifall der Zuhörer das Vandalenthum der Bourgeoisie vor dem Zaren. Henri Turot belächelte das falsche Spiel des Zarenthums, dem es bei dem Allianspektakel lediglich um das Baargeld der Franzosen zu thun sei. Einer Republik sei es unwürdig, mit solchem Pomp den moskowitzischen Autokraten, den Unterdrücker Polens, den Verfolger der russischen Freiheitskämpfer zu empfangen. Argvriados brandmarkt die unterdrückende Politik des Zarenthums im Innern und dessen grausam-selbst-lüchtige Politik in Europa und Asien. Nach Anhörung einiger weiteren Redner votirte die imposante Versammlung eine heftige Protestresolution und trennte sich unter dem Absingen der „Gar-magnole“ und des „Ca ira“. In der Versammlung wurde bekannt gemacht, daß Landrin Mitglied des revolutionären Zentralkomitees, sein Amt als Vize-Präsident des Pariser Gemeinderaths niederlegen würde, falls das Bureau auf seiner Theilnahme an dem Zarenempfang im Stadthaus bestehen sollte. Ferner wurde E. Moreau, Gemeinderaths-Mitglied, wegen seines Verhaltens zur Zarenfeier aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen.

Durch das Votum für die Zarenempfangskredite hatten die sozialistischen Gemeinderatsmitglieder, wie ich seinerzeit betonte, dem Wunsch auch ihrer proletarischen Wähler entsprechen zu haben geglaubt. In Wirklichkeit hat ihr Votum die entgegengekehrte Wirkung hervorgerufen. Paul Brousse erhielt sogar von einer Partei-Organisation ein Tadelvotum. Nun verfuhr er in der „Petite République“ die Bedeutung der Kreditbewilligung durch den Gemeinderat abzuschwächen und gibt zu, daß die sozialistischen Abgeordneten in ihrer Eigenschaft als politische Vertreter des Proletariats berechtigt sind, die von der Regierung für den Zarenempfang ausgeworfenen Kredite abzulehnen. Das wird voraussichtlich geschehen.

Unter der Umarmung von geschmacklosen chauvinistisch-byzantinischen Oassenbauern zum Zarenfeste, die auf die Stimmung des Boulevard-Publikums, des Pöbels in Zylinderhüten, der Pfaffenreiter und Kolonnen, berechnet sind, finden sich hier und da gar polizeiwidrige „französisch-russische“ Lieder, die dem proletarischen Paris aus der Seele sprechen. Hier eine Strophe aus einem solchen Liede: „Ein Tag wird kommen, wo die morsche alte Welt vor der Republik verschwindet. Paris und Moskau, Städte mit klingendem Namen, vereinigt sich unter dem großen freien Banner!“

Belgien.

Antwerpen, 1. Oktober. (Sig. Ver.) Lügen haben kurze Beine und Polzeilagen insbesondere. Aber hat man auch je so etwas erlebt? Da waren die deutschen, französischen und belgischen Dynamitfabrikanten doch andere Kerle! Schämt Euch, Ihr englischen Stümper! —

Die schäde, nichts — auch rein gar nichts läßt sich anfangen mit der „Entdeckung“ der Antwerpener Dynamitfabrik, nicht einmal das kleinste Komplottchen!

Auch wenn es jetzt schon seit acht Tagen nicht mehr von Anarchisten in Belgien, alles ist still. Gleich noch vor acht Tagen die bürgerliche Presse einem Sumpf voll quaderender Frosche, heute gleicht sie einem Wasserlein voll Fische — stummer Fische natürlich. Wie schade um die Kabel, die die ganze Geschichte gekostet hat. —

Doch Scherz bei Seite. Dem Uneingeweihten wird es sicher schon aufgefallen sein, daß seit ungefähr zwei Jahren Antwerpen in Verbindung mit Dynamit und Verschönerungsgeschichten bereits mehrere Male genannt wurde. Man möchte offenbar hier etwas entdecken. Warum? Dies erklärt sich vielleicht durch die Tatsache, daß seit ungefähr zwei Jahren die russische Jugend mit besonderer Vorliebe die hiesige Handwerkschule besucht. Die Zahl der russischen Studenten hat sich seit zwei Jahren vervielfacht. Ergo —

Wer denkt da nicht unwillkürlich an Zürich, Genf und Paris? —

Niederlande.

Amsterdam, 2. Oktober. (Nid. Jtg.) Auf Ost-Indien ist ein Aufstand der Saksak ausgebrochen, durch Kavallerie aber niedergeschlagen. Die Meuterer hatten große Verluste, die Verluste der Holländer sind nur gering. —

England.

London, 3. Oktober. (Sig. Ver.) Vorgesestern hat der Londoner Schulrat ein neues Sitzungsjahr angetreten. Die Ansprache des Vorsitzenden konstatierte einen weiteren Fortschritt im Ausbau des Londoner Volksschulwesens. Wenn die Schulbauten, welche zur Zeit in Angriff genommen sind, ausgeführt sein werden, werde London aussehenden Platz für 828 000 Schüler haben, während die Zahl der unterzubringenden Kinder zur Zeit auf 728 000 veranschlagt werde. Großer Wert werde auf die Förderung des Handfertigkeits-Unterrichts gelegt, der gegenwärtig an über 30 000 Knaben erteilt werde.

Gleich der ersten Sitzung des Schulrats lag ein Antrag vor, den Lohnstarif, der seinen Baukontrakten zu Grunde liegt, aufzuheben und die Arbeiter und Unternehmer kurzweg auf die im Gewerbe zwischen den Prinzipal- und Arbeitervereinen vereinbarten Bedingungen zu verweisen. Damit wäre die sogenannte Fair Wages Klausel wohl nominell aufrecht erhalten, faktisch aber für eine ganze Reihe von Fällen unwirksam gemacht worden. Für viele Arbeiten existieren solche Vereinbarungen überhaupt nicht, für andere wechseln sie ziemlich häufig, so daß der Arbeiter nie genau weiß, woran er sich zu halten hat und gegebenenfalls erst sich an den Richter wenden muß, um seinen gebührenden Lohn zu erhalten, was so viel Scherereien und Zeitverluste mit sich bringt, daß oft lieber ganz auf die Bekämpfung verzichtet wird. Aus diesem Grunde belämpfte die progressivste Minderheit den Vorschlag mit äußerster Energie und setzte denn auch wirklich mit einer Stimme Mehrheit eine von dem unitarischen Geistlichen Carlisle beantragte Resolution durch, wonach für die Kontrakte eine Liste der zur Zeit anerkannten Löhne aufgestellt werden und bis zur Abänderung maßgebend sein soll. Ein Zusatzantrag des Fabianers Graham Wallas, die Liste den letzten zwischen den Unternehmer-Verbänden und den Bauarbeiter-Vereinen getroffenen Vereinbarungen anzupassen, erhielt jedoch nur 10 gegen 25 Stimmen. Es sei hierbei bemerkt, daß im Frühjahr in fast allen Zweigen des Londoner Baugewerks Lohn-erhöhungen durchgesetzt wurden. Diese wollte der Wallas'sche Antrag den Arbeitern auf alle Fälle sichern. Aber mehr als der Carlisle'sche Antrag war nicht durchzuführen, dank der Vastigkeit, die bei der letzten Schulrats-Wahl ein großer Bruchteil der Arbeiter an den Tag gelegt. —

Dänemark.

Der Reichstag ist heute Mittag eröffnet worden. Die Staatsrechnung für das Finanzjahr 1898/99, welche heute vorgelegt wurde, weist einen Ueberschuß von 4 1/2 Millionen Kronen auf. —

Italien.

Rom, 1. Oktober. (Sig. Ver.) Wenn mit recht die Tätigkeit des Landesministers für Sizilien, insbesondere seine Bemühungen um die Verbesserung der Lage der beim Schwebel-Bergbau beschäftigten Arbeiter, hervorzuheben werden konnte, so ist es andererseits notwendig, darauf hinzuweisen, daß sich dieser Minister in den letzten Tagen der auf die Verbesserung der ländlichen Arbeitskontrakte gerichteten sozialistischen Agitation in Sizilien feindlich gegenübergestellt hat, indem auf seine Anordnung eine Delegiertenversammlung, die sich mit diesem Gegenstande beschäftigen sollte, verboten worden ist. Dies ist um so auffälliger, als diese Versammlung nur darauf abzielte, das sogenannte Abkommen von Corleone wieder herzustellen, welches vor der Verhängung des Belagerungszustandes über Sizilien von einem beträchtlichen Teile der sizilischen Großgrundbesitzer bereits angenommen worden war. Es ist wahr, daß diese Großgrundbesitzer, sobald die Crispin'schen Truppen auf der Insel gelandet waren, von dem Abkommen, auf das sie eingegangen waren, wieder zurücktraten. Aber dies kann für eine Regierung, welche ausdrücklich zur Lösung des sizilischen Problems einen besonderen sizilischen Landesminister einsetzte, kein zureichender Grund sein, sich auch ihrerseits jenem Abkommen entgegen zu stellen. Da der Landesminister Cobronchi, wie man weiß, der Zentralregierung einige Berichte über die Frage der ländlichen Arbeitskontrakte erstattet hat, so wird sich wohl bald herausstellen, ob er tatsächlich ein Gegner des Programms von Corleone ist oder ob er die fragliche Delegiertenversammlung nur aus formalen Gründen verhindert hat. Im ersten Falle liegt eine Rücksichtnahme auf die Großgrundbesitzer vor, welche mit dem Vorgehen gegen die Inhaber der Schwefelbergwerke in Gegensatz stehen würde und die nur etwa aus persönlichen oder, was in der Sache auf dasselbe hinauskommt, aus parlamentarischen Gründen erklärt werden könnte. Im anderen Falle, wenn nur ein formaler Grund vorliegt, hätte der Landesminister bedenken sollen, daß er den Widerstand der Großgrundbesitzer, welche

im Parlamente einen starken Anhang besitzen, nur mit Hilfe der unter den sizilischen Landarbeitern bestehenden sozialistischen Agitation zu überwinden im stande sein wird, und daß er sich dieser deshalb nicht feindlich gegenüberstellen darf. Diese Agitation hatte ihrerseits ohne Hilfe der Regierung die Arbeitskontraktfrage gelöst, bevor die Insel mit Truppen überschwemmt wurde, und würde dies auch jetzt thun können, wenn die Truppen zurückgezogen würden. Der Bruch des Abkommens von Corleone ist eine Folge der Crispin'schen Gewaltpolitik, welcher das jetzige Ministerium ein Ende bereiten wollte. —

Rom, 4. Oktober. Die hiesige Regierung ist davon in Kenntnis gesetzt worden, daß Regus Menelli Ende des Monats die italienischen Gefangenen bestimmt freigelassen werde. —

Türkei.

Konstantinopel, 4. Oktober. In den letzten Tagen sind zahlreiche Verhaftungen von Türken und von jungtürkischer Umtriebe verdächtigen Sostas vorgekommen.

Partei-Nachrichten.

Als Delegierte zum Gothaer Parteitag sind ferner gewählt: Jrl. Ollite Baader, Berlin. O. Sydow, Brandenburg. Gustav Paul, Bellen. Franz Feldmann, Ober-Langenbielan. Frau Heinrich, Neusalz. Groth, Mostoa. Böhmeburg, Weinbeber. Martille, Steensalt und Kleinsehl, Hamburg. J. Deine, Ottenfen. Heinrich Mahle, Hrensburg. Rauch und Diehle, Hannover. Fritz Erfurt und S. Weims, 11., 12., 13. hannoverscher Wahlkreis. Ehr. Schradt, Osnabrück. Schmalfeld, Bremerhagen. Otto Hoppe und Ernst Forckert, Solingen. S. Klingenhagen, Herford. P. Krevinkel, Lochen. Jrl. Johanna Böwenberg, Newried. Wih. Michels, Kall. Eduard Krumm, Wahlkreis Westlar. Ligo, Schweg. Jarch, Braunschweig. Gerlach, Wahlkreis Wangleben. S. Sachs, 17. und 18. sächsischer Wahlkreis. A. J. Diehschold, 15. sächsischer Wahlkreis. O. Strius, Bangen. E. Rischle, Großenhain. Bruno Rehner und Karl Walther, Chemnitz. Hülle, Erfurt. G. Röhold, Eisenach. Laumann, Eisenach Oberland. A. Baudert, Apolda. G. Wehber und P. Seige, 2. meiningischer Wahlkreis. J. Geuß, Hof-Bayreuth. Heinrich Pfeifer, Kronach-Lichtenfels. Alfred Nigler, Pfortzheim-Durlach. Dietrich, Konstanz. — Berichtigung: Genosse Emmel ist nicht für den Kreis Saargemünd, sondern für den Kreis Saarbrücken als Delegierter gewählt.

Der Parteitag für Schwarzburg-Rudolstadt, der am Sonntag in Rudolstadt abgehalten werden sollte, ist verboten worden.

Auf dem weisfällischen Parteitage, der kürzlich in Bitten abgehalten wurde, waren 88 Orte durch 88 Delegierte vertreten. Aus den Verhandlungen ist folgendes von allgemeinem Interesse. Die Orts-Vertrauensmänner erhielten den Auftrag, für intensivere Betreibung der Landagitation zu sorgen. Die Einnahmen der Agitationskommission betragen 915,22 M., die Ausgaben 905,75 M. Der Kommission wurde aufgegeben, an Stelle der großen Agitationstouren künftig nur kleine zu arrangieren. Der Punkt Presse führte zu einer längeren Debatte. Beschlossen wurde anfänglich, die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“ vom 1. Januar an täglich achtsseitig erscheinen zu lassen, da man aber eine infolge dessen nötige Erhöhung des Abonnementpreises nicht auf sich nehmen möchte, wurde ferner Beschluß dahin abgeändert, daß es der Geschäftsleitung der „Rheinisch-Westf. Arb.-Ztg.“ anheim gestellt ist, eine Vergrößerung des Blattes je nach Möglichkeit der Geschäftslage vorzunehmen. In den einzelnen Orten sollen bezahlte Lokal-Korrespondenten angestellt werden. Dem Verleger Genossen Gerich wurde beauftragt, daß seine Haltung gegenüber der früheren Preiskommission korrekt gewesen ist, und man beschloß dann, daß in den einzelnen Wahlkreisen Genossen gewählt werden sollen, welche Beschwerden über die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“ entgegenzunehmen und den Verlag und die Redaktion von diesen Beschwerden in Kenntnis zu setzen haben, damit Abhilfe geschaffen wird. Der Sitz der Agitationskommission bleibt in Dortmund und die Wahl der Mitglieder ist den dortigen Genossen überlassen. Der nächste Parteitag wird in Hörde abgehalten.

Vollzeiliges, Gerichtliches etc.

Der Sozialdemokratische Verein in Gesecht bei Hamburg wollte am Sonnabend seine sogenannte Oktober-Feier abhalten. Im vorigen Jahre hatte die zuständige Behörde — das Bürgermeistertum in Bergedorf — das Fest anstandslos genehmigt, diesmal verbot sie es mit der Begründung, der Sozialdemokratische Verein sei keine geschlossene Gesellschaft im Sinne des Gesetzes, ein öffentliches Vergnügen könne aber an dem fraglichen Tage und in dem betreffenden Lokale nicht gestattet werden. Das schäufte ist, daß in Bergedorf selbst die Oktober-Feier anstandslos genehmigt worden ist.

In Erfurt wurde am Donnerstag eine Parteivorversammlung, wo Genosse Hülle über die Anträge zum Gothaer Parteitag referiert hatte, kurz nach 12 Uhr von dem überwachenden Beamten aufgelöst, weil die Versammlung nur auf den 1. Oktober angemeldet, jetzt aber der 2. Oktober angebrochen sei. Wegen dieser vollzeilig-akronomische Interpretation des Vereinsgesetzes wird selbstverständlich Beschwerde erhoben werden.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Zentralverein der Bildhauer! Die Modelleure werden hiermit zu der heute Abend 8 1/2 Uhr, Innenstraße 16, stattfindenden Vereinsversammlung ganz besonders eingeladen. Das Erscheinen sämtlicher Modelleure ist der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen dringend notwendig. Der Vorstand.

Achtung, Unser Berlin! Einen neuen Vorstoß zur Durchführung des Lohnstarifs unternahmen am Montag auf dem Bau Palaststraße des Maurermeisters Heinrich 33 Puhler, als ihnen nach der im Vertrage vorgesehenen Klausel für fünf Tage Arbeit je 25 M. ausgezahlt wurden. Leider hatten fünf Kollegen, die fast den ganzen Sommer gearbeitet haben, nicht den Muth, sich ihren Kollegen anzuschließen, sondern sie arbeiten zu den von dem Arbeitgeber beliebten Bedingungen weiter. Der Preis ist dort so gering, daß die 7 M. Tagelohn nicht erreicht werden können, wenn die Puhler saubere Arbeit liefern sollen. Einen zweiten Versuch wagten die Kollegen auf dem Bau Petersburgerstr. 7; von 8 Fassadenputzern legten aber nur 3 Mann die Arbeit nieder. Der Preis ist auch dort bedeutend unter dem Tarif, jedoch ist hier der Lohn von 7 M. am Sonnabend gezahlt worden. Wir ersuchen die Kollegen, die beiden Bauten zu meiden, da nur dadurch die tarifmäßige Preisaufbesserung durchgesetzt werden kann. — Mittwoch Abend ist Wandputzfrauen-Versammlung. Die Lohnkommission der Puhler Berlin und Umgegend.

Die für die Konfektionsbranche Deutschlands gewählte **Kaufmannskommission in Berlin** macht in der „Hachtzeitung für Schneider“ den Vorschlag, daß Montag, den 2. November in ganz Deutschland öffentliche Versammlungen einberufen werden sollen mit der Tagesordnung: Die Forderungen der Schneider und Näherinnen an die Gesetzgebung. Die auf dem Schneider- und Näherinnenkongress in Eisenach und auf der internationalen Konferenz in London gefassten Beschlüsse sollen als Grundlage einer planmäßigen Agitation für den gesetzlichen Arbeiterschutz gelten.

Der Berliner Gewerkschaftsverband des Buchdruckerverbandes hat nach seiner Wiederwahl das Klägerei-Theil erwählt, indem er am Sonnabend den wegen Verdrüfung der „Buchdrucker-Wacht“ von ihm früher ausgesprochenen Ausschluß des G. zur Klägerei und dieses Mitglied wieder in seine alte n

Rechte einsetzte. Der Gewerkschaftsverband ist damit dem Beschluß nachgekommen, den der Berliner Buchdruckerverein in einer außerordentlichen Versammlung gefaßt hatte, welcher Beschluß bekanntlich den Gewerkschaftsverband zur Demissionierung veranlaßte. G. hat dem Gewerkschaftsverband die Aufhebung des Ausschlusses insofern erleichtert, als er die Erklärung abgab, daß er sich dem Statut und den auf Grund des Statuts erfolgten Beschlüssen der Verbandsorgane unterordne. Diese Erklärung konnte G. um so leichter abgeben, als sein Vergehen nicht auf Grund des Statuts sondern willkürlich „bestraft“ worden war.

Wenn die übrigen Gewerkschaften gescheit sind, machen sie die in ihrem Bezirk vorgekommenen Ausschüsse ebenfalls rückgängig. Anders dürfte der Friede in der Buchdrucker-Organisation schwerlich wieder einkehren.

Die **Dresdener Stettins** haben beschlossen, in diesem Jahre keine Forderungen mehr zu stellen, sondern im Frühjahr zusammen mit den Tischlern den Neunhunderttag und 10 pCt. Lohnaufschlag zu verlangen.

In Hannover haben die Buchdrucker, Buchbinder, Lithographen, Steindrucker, Kartonnagen-Arbeiter, sowie die Hilfsarbeiter gemeinsames Vorgehen nach der Richtung hin beschlossen, daß in den betreffenden Betrieben gefordert wird: betreffs der Buchdrucker: Einführung des Buchdruckerstarifs; betreffs der Buchbinder etc.: Personals: Neunhunderttag, 18 M. Mindestlohn für Arbeiter, 9 M. für Arbeiterinnen, Aufstellung eines Akkordstarifs in jedem einzelnen Geschäft; betreffs der Lithographen und Steindrucker: der Neunhunderttag für erstere, der Neunhunderttag für letztere, 24 M. Mindestlohn für beide Kategorien, 18 M. für Neuaufgelehrte ein Jahr lang; für Schleifer und Hilfsarbeiter 18 M.; für Arbeiterinnen 10 M.; bestimmte Sätze für Ueberzeitarbeit. Außerdem fordern Buchbinder, Lithographen, Steindrucker etc. noch Bezahlung der gesetzlichen oder vom Gesetz angeordneten Feiertage.

Aus Bremen meldet die „Bremer Bürgerzeitung“: Das Mitglied des Verbandes der deutschen Buchdrucker, A. Kochanski, ist wegen Verdrüfung der „Buchdrucker-Wacht“ aus der Organisation ausgeschlossen worden. Das Dekret ist vom Bezirksvorstand in Bremen ausgefertigt, trotzdem statutarisch nur dem Gewerkschaftsverband der Ausschluß eines Mitgliedes zusteht. Kochanski wird beim Gewerkschaftsverband Protest gegen die Maßregel des Untervorstandes erheben, und es ist wohl schon deswegen zu erwarten, daß diese Maßnahme die Ausschließung zurüchnimmt, als Kochanski den genannten Ufaß an dem Tage erhalten hat, wo er zum letzten Male das verpönte Blatt verbreitete; seit 1. Oktober sind die Leser der „Buchdrucker-Wacht“ auf das Postabonnement angewiesen, da der Verlag des Blattes die Filial-Expeditionen aufgehoben hat.

In Dresden bereiten die Metallarbeiter eine Lohnbewegung vor. Während dort alle Lohnbewegungen der letzten Zeit gerichtliche Nachspiele hatten, hat diese Bewegung schon eine Duerkäre. Der Metallarbeiter Erhardt bekam eine Anklage, weil er dadurch gegen das Vereinsgesetz verstoßen haben soll, daß er nach einer verbotenen Metallarbeiter-Versammlung nicht veranlaßt, daß sich die Teilnehmer versammeln. Unserer Ansicht nach ist es ausschließlich Sache der Polizei, dafür zu sorgen, daß nach Auflösung einer Versammlung die Teilnehmer das Lokal räumen.

In Pieschen bei Dresden wurde am Sonnabend eine von etwa 2000 Personen besuchte **Werstarbeiter-Versammlung** aufgelöst. Der Genosse Referent Reichard hatte über die Zustände auf den Werften der Elbischiffahrt-Gesellschaften „Kette“ und „Osterrischer Nordwest“ gesprochen und die Arbeitsverhältnisse daselbst scharf kritisiert. Die Arbeitszeit soll dort oft 36 Stunden sein, d. h. die Arbeiter können nur eine Nacht um die andere schlafen, und dennoch soll ihr Verdienst bloß 15—16 M. wöchentlich betragen! Als die Versammlung den Ausführungen des Referenten laut Beifall zollte, sprach der überwachende Beamte die Auflösung aus. Das geht deunach noch über die hamburgisch-bremisch-oldenburgische Polizeitattil gegenüber den Hosenarbeitern.

Arminitschan. In der Fabrik von G. A. Fischer haben circa 50 Weber und Weberinnen wegen Lohnreduktion die Kündigungsscheine in Empfang genommen. Darum ist Zugang fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden gebeten, dieses aufzunehmen.

Aus Wien. Der Hauptwerkstätten-Chef der Staats-Eisenbahn hat folgende Kundmachung erlassen: Einige mir bekannt gewordene irrende Auslegungen über die Art und den Umfang der von der Direktion am 14. September l. J. gemachten Zugeständnisse veranlassen mich, dieselben nochmals bekanntzugeben, und zwar: 1. Vom 1. Oktober 1898 an beträgt die tägliche Arbeitszeit bei regelmäßigen Werkstättenbetriebe nicht mehr zehn Stunden, sondern 9 1/2 Stunden und dauert von 7 Uhr früh bis 6 Uhr abends, mit einer Mittagspause von 1 1/2 Stunden. Diese 9 1/2-stündige Arbeitszeit wird wie die bisherige 10stündige Tagelohn entlohnt. 2. Die Ueberzeit wird bei Lohnarbeitern 1/4 nach gerechnet. Akkordarbeiter erhalten für jede Stunde Ueberzeit eine halbe Stunde ihres Tagelohnes als Zulage. 3. Arbeiter, welche infolge von Krankheitsfällen in ihrer Familie infolge ärztlicher Anordnung von der Werkstätte fernzubleiben haben, erhalten für jeden Tag Abwesenheit einen halben Tagelohn. 4. In betref der Regelung der Akkorde, insbesondere mit Rücksicht auf das Krankengeld, bin ich beauftragt, die Anträge an die Direktion zu stellen. Desgleichen wegen Einführung einer zweckmäßigen Anwesenheitskontrolle an Stelle des gegenwärtigen Markensystems. 5. Zur Aufhebung der Zweifel über die Behandlung der nach Beendigung der Maschinenübung wieder aufgenommenen Arbeiter ist durch den Ausschluß der Krankenkasse das Erforderliche veranlaßt und von der Direktion bereits verlaubar worden. 6. Diejenigen Arbeiter, die bis Dienstag, den 6. d. Mts. die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, werden nach Maßgabe des § 28 lit. f der geltenden Werkstätten-Dienstordnung als entlassen betrachtet, und werden aufgefordert, ihre Dokumente in der Werkstätte abzuholen.

Die Direktion der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft hat dem gesamteten Fahrpersonal die Kilometergelder um 30 pCt. erhöht. Die „Arbeiter-Zeitung“ bemerkt dazu: Die Versammlung dieser Bediensteten vom 30. September, im Verein mit dem Streik der Werkstättenarbeiter, hat, wie man sieht, eine wohlthätige Wirkung gehabt.

Die **Vereine der österreichischen Eisenbahnbeamten und Bediensteten** halten in Wien gegenwärtig einen Kongress ab, der u. a. die Schaffung einer gemeinsamen Organisation aller Eisenbahnbeamten und Bediensteten zum Zweck hat. Gegen die Stimmen der Delegierten des Oesterreichischen Eisenbahnbeamten-Vereins, der, vom Beamtenbündel desselben, mit den übrigen Eisenbahnbediensteten nicht gemeinsame Sache machen will, wurde folgende Resolution angenommen: In Erwägung, daß eine Verbesserung der Lage der Eisenbahnbeamten und Unterbeamten nur dann erfolgen kann, wenn diese auf gemeinsamer Basis zur Verwirklichung der von ihnen aufgestellten Forderungen vorgehen, in weiterer Erwägung, daß die politischen Anschauungen der Beamten und Unterbeamten jene Aktionen, die zur Durchführung ihrer wirtschaftlichen Ziele notwendig sind, nicht beeinträchtigen dürfen, anerkennt der Kongress die Nothwendigkeit einer allgemeinen Organisation aller Eisenbahnbeamten und Unterbeamten und beauftragt behufs Annäherung aller Eisenbahnbeamten- und Unterbeamten-Vereinigungen die bei der vorherabehenden Konferenz für den Kongress gewählten Vertreter aller Vereine mit der Ausarbeitung eines diesbezüglichen Regulativs, das von nachstehenden Gesichtspunkten auszugehen hat

1. Sofort die Schaffung eines Exekutiv-Ausschusses, der in allen gemeinsamen Fragen im Namen aller Beamten- und Unterbeamten-Vereine die nötigen Aktionen einleiten soll; 2. Die Gründung eines Sekretariats, das dem Exekutiv-Ausschuss untersteht und sämtliche auf die Lage der Beamten, Unterbeamten und Bediensteten bezughabenden Daten zu erheben hat; 3. die Vereine sind verpflichtet, alle auf die Gesamtheit des Standes bezughabenden Daten dem Exekutiv-Ausschuss zur Verfügung zu stellen, damit sie dieser dem Sekretariat zur entsprechenden Verarbeitung zuweisen kann; 4. die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen diesen Vereinen obliegt dem Exekutiv-Ausschuss, und haben sich die betreffenden Vereine jedem derartigen Beschluss zu unterwerfen und alle Reibereien in der Öffentlichkeit zu vermeiden; 5. für alle Fälle jener Aktionen, die ein gemeinsames Vorgehen zwischen Eisenbahn-Beamten und Bediensteten notwendig machen, treten die Delegierten der Beamtenvereine und der Bediensteten-Organisationen zu gemeinsamer Beratung und Beschlussfassung zusammen.

Als bei der Erörterung über die Dienstpragmatik die über die Titelfrage eingesetzte Kommission erklärte ließ, daß die Titelunterscheidungen Beamte, Unterbeamte und Diener künftig wegfallen und alle im Eisenbahndienste fest angestellten Personen künftig Beamte heißen sollen, verließen von 34 Delegierten des Oesterreichischen Eisenbahnbeamten-Vereins 26 den Kongress, worauf Präsident und Kassirer dieses Vereins, die Herren Schlaffelburger und Hering, unter stürmischem Beifall des Kongresses erklärten, daß sie ihre Vereinsfunktionen niederlegen würden, um sich mit den weggegangenen Delegierten nicht zu identifizieren.

Der Bergarbeiterstreik in Nordwest-Böhmen ist, nach den Meldungen der Telegraphenbureaus zu schließen, tatsächlich im Erlöschen. Im Duzer Gebiet ist gestern die Mannschaft der betreffenden Schichten nahezu vollständig eingefahren, und aus Prag wird gemeldet, daß die Beendigung des Ausstandes für heute, Dienstag, erwartet werde. Die Nachricht vom Ausbruch eines Streiks in Kladno wird für unrichtig erklärt.

Ueber die Entstehung des nordwestböhmisches Bergarbeiterstreiks theilt die in Leplyk erscheinende sozialdemokratische Zeitung „Die Freiheit“ das folgende mit: Auf einer jüngst in Kladno abgehaltenen Konferenz unabhängiger Querköpfe, von denen niemand wußte, wen sie vertreten, wurde beschlossen, in nächster Zeit den Generalstreik der Bergarbeiter zu proklamieren. Man ist an die Ausführung dieser dummverbrannten Idee gegangen. In einer in deutscher und tschechischer Sprache verfaßten hektographirten Flugchrift, die in zahlreichen Exemplaren im Kohlengebiet Duz, Leplyk, Brüx, Dostalowitz verbreitet wurde, wird die Bergarbeiterschaft hierzu aufgefordert. Die Planlosigkeit und Regellosigkeit dieses Streiks geht schon daraus hervor, daß keinerlei Forderungen aufgestellt wurden und daß die Streikenden zum großen Theil selbst nicht wissen, für was sie streiken.

In Mährisch-Christau hat der Streik der Weiserinnen der Firma Gedruder Bader nach sechs tägiger Dauer mit theilweisem Erfolge geendet. Die Firma bewilligte einen Mindestlohn von 4 Gulden wöchentlich.

Beim Streik in Dörfel in Böhmen war es der L. I. Bezirkshauptmannschaft zu Reichenberg eingezwungen, anzuordnen, daß nach 8 Uhr abends niemand mehr auf den Straßen gehen dürfe. Diese Verordnung war vollständig ungeschicklich, dennoch wurden dieser Tage 15 Personen, die dieselbe übertreten hatten und deshalb des „Auslaufs“ angeklagt waren, vom Kreisgericht verurtheilt. Die Strafen lauteten auf Arrest in der Dauer von einer Woche bis zu einem Monat.

In Nachen streiken die Weber und Weberinnen der Firma Siegfried Herzberg.

Zur Buchbinder-Bewegung in Dänemark. Vor zwei Monaten sandte der dänische Buchbinder-Verband den Meistern einen neuen Lohnzettel, dessen Einführung zum 1. Oktober gewünscht wurde. Dieser Tarif verlangt u. a. einen Minimallohn von 3 Kr. pro Tag für alle, welche seit mindestens einem Jahr Gesellen sind, neunstündige Arbeitszeit, 50-100 pCt. Aufschlag für Sonntags- und Nacharbeit. Ferner wurde für weibliche Arbeiter ein Tagelohn von 1 1/2 Kr. während der ersten zwei Jahre und 2 Kr. für diejenigen, die mindestens zwei Jahre im Fach gearbeitet haben, beantragt. Die Meisterorganisation forderte dagegen, daß die Gesellen in erster Reihe auf die Verkürzung der Arbeitszeit verzichteten. Bei den Verhandlungen war der Gesellenverband bereit, sich mit der 9 1/2-stündigen Arbeitszeit zu begnügen. Die Meister wollten den Lohnzettel für die Gesellen anerkennen, müßten sich aber um den für die Frauen herumdrücken.

Der norwegische Holzarbeiter-Verband hat in Trondheim einen Streik mit Erfolg durchgeführt. Nach etwa vierwöchigen Kämpfen haben die Arbeiter einen Lohnaufschlag von 15 pCt. erreicht. Die Meister hatten 10 pCt. geboten, das Schiedsgericht sprach sich aber für 15 pCt. aus. Der Streik umfaßte 200 Mann. Der Sieg war mit Folge der reichlichen Unterstützungen, an denen sich auch der dänische Zimmerleute-Verband energisch betheiligte.

In der großen Aussperrung der schwedischen Tabakarbeiter ist ein wichtiger Termin überhanden. Die Fabrikanten hatten darauf gerechnet, daß am 1. Oktober die Hausmischen nicht würden bezahlt werden können; aber auch dies ist mit Hilfe der Unterstützungen möglich gewesen.

In Klais in Frankreich beschloßen zirkla 1000 Minenarbeiter, die Arbeit einzustellen.

Der Streik der Tischler in Brüssel ist noch immer nicht zu Ende. Man schreibt uns darüber von dort:

Nach zehnwöchiger Dauer hat sich der belgische Arbeits-Minister endlich dazu bequemt, den Conseil du Travail et Industrie (Gewerbe- und Industrieminister, eine amtliche Organisation) zu einer Sitzung zusammen zu rufen, um als Vermittler in diesem Kampf aufzutreten. Es ist jedoch trotzdem kein günstiges Resultat erreicht worden. Obgleich die Arbeiter ihre ursprüngliche Forderung, eines Minimalstundenslohnes von 0,50 Fr. auf 0,45 Fr. reduzirten, so zeigten sich die Unternehmer hartnäckig wie bisher. Sie erklärten einfach, nichts zu bewilligen, auch die Gewerkschaft der Tischler nicht anzuerkennen. Durch diese Erklärung wurden weitere Unterhandlungen gegenstandslos.

Die Haltung der Streikenden ist bewundernswürdig. Auch ließen die Streikunterstützungen täglich reichlicher. Wie immer, so gehen auch hier wieder die sozialistischen Genossenschaften mit gutem Beispiel voran, was ein neues Zeichen dafür ist, welche kräftigste Mittel die belgische Arbeiterpartei in denselben besitzt.

Darum ist es auch kein Wunder, daß die bürgerlichen Parteien in Belgien diese Genossenschaften aus tiefstem Grunde ihres Herzens hassen und sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln — ehrsüchtigen wie unehrsüchtigen — bekämpfen. Dieses zeigt sich deutlich in dem schändlichen Feldzug, den das Nieuwenhuis'sche Anarchistenblatt „Recht voor Allen“, dieser internationale Monteur aller Gemeinheiten, im Verein mit allen Freunden der „Ordnung“ gegen die stärkste der belgischen Genossenschaften, den „Booruit“ in Gent, führt. Den Konfusionsrathen vom „Recht voor Allen“ ist die belgische Arbeiterbewegung, die in den letzten Jahren solche große Fortschritte gemacht, ein riesiger Dorn im Auge. Gegenüber dieser sozialdemokratischen „Sippchaft“ (Stil des „Recht voor Allen“) nimmt sich ja auch der holländische sogenannte Sozialistenbund gar zu lächerlich aus. Und einen Bol De Witte zu finden — den Urheber der jüngsten Verleumdungen des „Booruit“ — ist ja auch nicht schwer. Im Verleumdungen unserer Partei sind bekanntlich Anarchisten und Reaktionsäre gleiche Größen.

Aus London wird der „Frankf. Zig.“ berichtet, daß in einer Versammlung des internationalen Bundes der Schiffs-, Hafen- und Fluß-Arbeiter, wo Tom Mann den Vorsitz führte, mitgeteilt wurde, daß nach den Nachrichten, die aus den verschiedenen Hafenstädten vorlagen, nur etwa der zehnte Theil der Unternehmer auf die Forderungen des Bundes geantwortet hat; die Londoner Dockgesellschaften haben die Forderungen der Arbeiter gar nicht beachtet. Die Mitglieder des Bundes werden nun nächstens darüber abstimmen, was in der Sache weiter zu thun ist.

In Manchester steht in der Eisen- und Messingbranche ein Streik bevor. Die Arbeiter hatten bisher einen durchschnittlichen Wochenlohn von 34 Schilling und verlangen 2 Schill. mehr. Die Unternehmer haben nach zweimaliger Sitzung die Forderung abgelehnt. Daraus ist erklärten sich die Arbeiter mit 4500 gegen 220 Stimmen für den Streik. Falls die Unternehmer auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren, würden zirkla 8000 Arbeiter außer Beschäftigung kommen.

Bei der Polemik über die Organisation des Boykotts, die wir mit dem Genossen v. Elm in den Nummern vom 2. und 10. September führten, hatte der genannte Genosse angekündigt, daß über den Mohr'schen Boykott einer der direkt Beteiligten das Wort nehmen werde. Das ist nun geschehen, und zwar in einer längeren Erklärung, die uns die feinerzeit in Altona eingesetzte Boykottkommission, bestehend aus den Genossen Max Gersch, L. Heine, A. D. Stappert und S. Grube übersandte. Da die Frage der Organisation des Boykotts genügend erörtert ist, geben wir aus der Zukunft der Boykottkommission nur das wieder, was die Frage betrifft, ob der Mohr'sche Boykott selbst als Plage war oder nicht. Die Boykottkommission schreibt darüber:

Ueber den Boykott* lautet ein Artikel des Genossen v. Elm, in welchem die Gründe klargestellt werden, welche ihn zur Stellung seiner, leider im Hamburger Kartell abgelehnten Anträge veranlaßt haben. In der Erwiderung der Redaktion des „Vorwärts“ wird nun mehrfach auf den Boykott über die Margarinefabrikate von H. L. Mohr in Bahrenfeld zurückgekommen und dieser Boykott einer abschlägigen Kritik unterzogen. Da hierdurch der Glaube entstehen könnte, als wenn die Arbeiter von Mohr in geradezu sironischer Weise den Streit heraufbeschworen hätten, so erscheint es dringend notwendig, hier deshalb noch einmal in Kürze die Ursachen der Differenzen zwischen den Arbeitern und Herrn Mohr klarzustellen. Allein schon aus den Forderungen, welche die ausgesperrten Arbeiter stellten, kann man sich ein Bild machen, wie es auf der Fabrik zugegangen sein muß. Denn z. B. Punkt 1 lautet: Bessere Behandlung von seitens der Meister und Vorgesetzten. Ausdrücke wie Hutterdosen, Schaffklöpfe u. d. d. waren an der Tagesordnung. Es ist charakteristisch, daß im Zeitalter der Thierschuh-Bereweine und der Vereine zur Unterstützung für entlassene Juchthändler freie Arbeiter als Hauptforderung: bessere Behandlung stellen müssen. Diese Forderung steht allerdings nicht vereinzelt da, sie ist vielmehr jetzt bei allen Streiks zu finden. Eine weitere Forderung war: Abstellung von Schäden und schlechten Einrichtungen auf der Fabrik. Auch dieser Punkt hatte seine Berechtigung, denn wenn auf eine Arbeiterschaft von 300 Personen das Jahr ungefähr 3000 Krankheitsstage kommen, müssen doch bedeutende Schäden und Mißstände vorherrschen. Die Hauptkrankheitsbeschwerden sind dort Rheumatismus, eine Krankheit bekanntlich, daß wer davon einmal befallen, sie nicht so leicht oder überhaupt nicht wieder los wird; ferner kommen viele Verbrühungen und Quetschungen vor. Dieses ließe sich aber alles oder doch zum größten Theil abstellen. Die Freigabe des ersten Mai war ja, um nach den Beschaffen des Paritätages zu gehen, kein Grund zu streiken, jedoch wurde diese Forderung mitgeteilt, da Herr Mohr vor zwei Jahren am ersten Mai die Fabrik geschlossen hatte. Der Kommission, welche die Forderungen der Arbeiter unterbreitete, erklärte Herr Mohr offen, wenn er den ersten Mai wieder freigegeben würde, dürfte er sich bei seinen Freunden nicht wieder sehen lassen, man hätte ihm wegen des vorigen Mai Vorwürfe genügend gemacht. Herr Mohr hat übrigens unumwunden auf die direkte Frage eines Kommissionsmitgliedes hin zugestanden, daß er zu diesem ganzen Vorgehen gegen seine Arbeiter in Berlin scharf gemacht sei, und die Arbeiterpresse hat die Berliner Scharfmacher durch ihr passives Verhalten noch kräftig mitunterstützt. Die hauptsächlichste Forderung war die Entlassung der Denunzianten, denn alles, was in den Verbandsversammlungen von der Fabrik besprochen oder gerügt wurde, mußten am nächsten Tage die Meister und fanden dann bei sich bietender Gelegenheit die Entlassungen der denunzirten Arbeiter statt. Es hatten sich auf der Fabrik die Verhältnisse derartig zuspitzigt, daß es schließlich zum Bruch kommen mußte; der Arbeiterausschuss war bei Herrn Mohr vorstellig geworden. Herr Mohr versprach Abhilfe, aber es blieb alles beim alten. Dann hatte der Arbeiterausschuss sich schriftlich an Herrn Mohr gewandt, Herr Mohr hat wieder Abstellung der Schäden versprochen, aber es blieb trotzdem wieder alles beim alten. Diese kleine Probe wird wohl genügen, so daß wir über die anderen Forderungen wohl hinweggehen können. Nur soviel sei gesagt, daß die Forderungen alle so bescheidener Natur waren, daß sie leicht zu befriedigen gewesen wären. Statt nun Remedur zu schaffen, wurden die Arbeiter einfach von der Fabrik gewiesen. Bei den Debatten in den Gewerkschaftskartellen von Hamburg und Altona sind mehrfach Stimmen laut geworden, daß die Arbeiter viel mehr hätten fordern müssen, da die gestellten Forderungen zu bescheiden gewesen.

Weiter theilt die Boykottkommission mit, daß die bekannte sonderbare Erklärung, die bei Beendigung der Differenzen mit Mohr von drei Arbeitervertretern veröffentlicht worden ist, nicht von der Boykottkommission ausgegangen sei, außerdem wäre die Erklärung von den Unterzeichnern direkt erprobt worden.

Soziales.

Aus der ägyptischen Hauptstadt Kairo war uns ein Schreiben über den dortigen, von der Berliner Union-Elektrizitäts-Gesellschaft angeführten Bau der elektrischen Bahn zugegangen, worin dem von dieser Gesellschaft in Kairo angestellten italienischen Ingenieur Cicognia eine Reihe schwerer Vorwürfe gemacht waren. Es war ihm u. a. zur Last gelegt, daß er das deutsche Element unter den ihm unterstellten Arbeitern durch billigeren Italiener erziehe, überhaupt geringere Löhne bei größeren Ansprüchen zahle, als in Kairo üblich sei, weiter zeichne er sich durch Verwendung billigeren Baumaterials aus, wodurch das Leben der Arbeiter gefährdet wäre. Auf diese in Nr. 204 vom 1. September von uns mit Vorbehalt veröffentlichten, in einer Schlussbemerkung aber nicht für unwahrscheinlich erklärten Angaben wurde uns von der Union-Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin eine Darlegung übersandt, aus der in Verbindung mit den uns gleichfalls zugefertigten Belegen hervorgeht, daß die erwähnten Anschuldigungen unberechtigt waren. Dasselbe lautet:

Unser hauseitender Ingenieur in Kairo war garnicht in der Lage, die Einstellung von Arbeitern das deutsche Element auszuweisen, da nach Angabe eines unserer Monteure, welcher bereits aus Kairo zurückgekehrt ist, sich überhaupt nur vier deutschsprechende Arbeiter, welche übrigens Oesterreicher sind, angeboten haben und auch eingestellt worden sind. Nach Ausweis unserer Bücher und der uns aus Kairo als Belege eingesandten Quittungen haben ferner gewöhnliche Arbeiter durchschnittlich einen Tageslohn von 3,50 Mark bei zehnstündiger Arbeitszeit erhalten; die bei dem Bau beschäftigten italienischen Ar-

beiter haben bis zu vier Mark täglich verdient. Ueberstunden sind immer extra bezahlt worden. Von den fünf bei dem Bau und der Installation beschäftigten Monteuren sind drei Deutsche und zwei Italiener, welche außer freier Wohnung zuerst 7,50 M., dann 8.— M. Tageslohn bei zehnstündiger Arbeitszeit und vom 1. Juni dieses Jahres ab noch 1 Mark pro Tag Lohn mehr erhalten haben. Diese Tageslöhne sind den Monteuren auch Sonntags bezahlt worden, gleichviel, ob am Sonntag gearbeitet worden ist oder nicht; mußte indessen am Sonntag gearbeitet werden, dann wurde ihnen — ebenso wie bei Ueberstunden — ein Aufschlag von 25 pCt. für die gearbeiteten Stunden bezahlt. Außerdem ist den Monteuren für den Fall der rechtzeitigen Fertigstellung der Anlage eine besondere Gratifikation versprochen und dem hauseitenden Ingenieur in Kairo auch von uns zur Auszahlung angewiesen worden, obgleich die Voraussetzung, unter welcher die Gratifikation zugelegt wurde, nicht erfüllt ist. Nach Aussage eines bereits zurückgekehrten Monteurs hat derselbe mit dem ihm während seines Aufenthaltes in Kairo gezahlten Lohn nicht nur ganz gut leben, sondern auch eine Summe ersparen können. Demnach kann wohl nicht ernsthaft die Rede davon sein, daß wir unseren Monteuren und Arbeitern in Kairo Hungerlöhne gezahlt haben. Daß unser hauseitender Ingenieur sich auf Kosten der Arbeiter bereichert haben soll, ist eine Verleumdung; hierzu fehlte ihm jede Möglichkeit, da er alle Ausgaben und Einnahmen mit uns zu verrechnen und über dieselben Beläge einzufahren hat. Ob unsere Ausführung der Anlage den technischen und sonstigen Anforderungen entspricht, überlassen wir unseren sachverständigen Auftraggebern, welche die Bahn abnehmen werden.

Krankenkassenwesen. Der Ruper-Brüderchaft (E. G.) in Bremenhaven, dem Kranken-Unterstützungs-Verein für Stellingen, Langenfelde, Eidelstedt, Niendorf und Lohstedt, genannt „Die Stühle der Kranken“ (E. G.) in Stellingen und dem Kranken-Unterstützungs-Verein für Lohstedt, Stellingen, Langenfelde, Niendorf, Groß-Borsfel, Eppendorf und Eimsbüttel, genannt „Einigkeit“ (E. G.) in Lohstedt ist vom Reichskanzleramt von „neuem die Beschickung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügen.

Die Kolonialwaarenhändler in Kottbus und Sandow haben vereinbart, vom 1. Oktober ab während der Wintermonate ihre Läden abends um 9 Uhr zu schließen. Nur die Sonnabende sind davon ausgenommen.

Die Zahl der Ärzte, d. h. der wissenschaftlich gebildeten, ist in Rußland sehr klein. Im Jahre 1890 gab es bei einer Bevölkerungszahl von 110 Millionen, wobei das asiatische Rußland eingerechnet ist, nur 18334. Es kam also erst auf etwa 6000 Personen 1 Arzt. Natürlich hat unter dem Mangel an Ärzten vor allem das flache Land zu leiden; dort kam ein Arzt erst auf zirkla 9000 Einwohner. In Pfaffen und Poljisten ist dagegen selbstverständlich kein Mangel, dafür sorgt der russische Staat schon.

In Deutschland kam im selben Jahre 1 Arzt auf 3000 Einwohner, in Frankreich auf 1800, in England auf 1800. Deutschland steht also hinter Frankreich und England ungefähr ebenso weit zurück, wie Rußland hinter Deutschland.

Versammlungen.

Ueber den Stand der Lohnbewegung der Bilderrahmenmacher berichtete Brandes am Sonntag Vormittag in einer öffentlichen Versammlung der in diesem Beruf Thätigen. In 15 Werkstätten ist gegenwärtig die Hauptforderung, 52 stündige Arbeitszeit pro Woche, durchgeführt; in 2 Werkstätten herrscht noch 53 stündige, in 3 Werkstätten 54 stündige und in 7 Werkstätten 55 1/2 bis 59 stündige wöchentliche Arbeitszeit. Die Schwierigkeit, die längere Arbeitszeit in den betreffenden Werkstätten abzuschaffen, liegt hauptsächlich daran, daß die in betracht kommenden Betriebe ihre Werkstätten in großen Fabrikgebäuden haben, wo allgemein eine längere Arbeitszeit egrichtet, und die Fabrikanten nicht dafür zu haben sind, entweder mit diesen wenigen eine Ausnahme zu machen, oder aber, um dieser wenige willen allen übrigen Arbeitern der Fabrik dieselbe verlängerte Arbeitszeit zuzugestehen. Zu denjenigen Fabrikanten, die sich auf nichts einlassen wollen, zählt die Firm R. F. Wehner. Hier wurde feinerzeit zuerst die maßstimmige Forderung eingeführt und gingen infolge dessen die Löhne bis auf die Hälfte herunter. Im gegenwärtigen Kampf ist die Organisation der Kernpunkt, gegen welchen sich die Feindseligkeit des Fabrikanten hauptsächlich richtet. Herr Christian erklärte gelegentlich eines früheren Versuches um Aufbesserung der Lage der Bilderrahmenmacher, er brauche nur an den Kanal zu gehen und zu pfeifen, dann habe er sofort wieder so viel Arbeitskräfte, wie er brauche, die Fordernenden könnten ruhig gehen. Auf einen noch viel kühneren Standpunkt stellte er sich dieses Mal; er glaubte, den unterhandelnden Arbeitern einreden zu können, daß er als Fabrikant erst bei der Polizei und darauf bei der Berufsgenossenschaft um Zustimmung nachsuchen müsse. Einstimmiges, kräftiges Lachen war die Erwiderung der Versammlung auf diese Raivetät. Weiter ablehnend verhielten sich Wahl u. Sohn. Bei Königsberger, Mannlich und Schneider herrscht längere Arbeitszeit. Zu beachten sei, daß gegenwärtig die Fabrikanten sich auf dem Wege befinden, eine Vereinigung der Bilderrahmenfabrikanten zu schaffen, deren treibender Faktor niemand anders als Herr R. F. Wehner ist. Demgegenüber ist es notwendig, daß die kleine Schaar der Bilderrahmenmacher, die zu 2/3 organisiert sind, sich allesamt bis auf den letzten Mann der Organisation anschließen. Kellermann stellte hierauf drei Vorschläge der Streikkommission zur Debatte, die nach kurzer Diskussion kleine Veränderungen erforderten und danach fast einstimmige Zustimmung fanden. 1. Alle Werkstätten, die über 54 Stunden wöchentliche Arbeitszeit haben, sind für Zuzug zu sperren. 2. Die Werkstätten, wo 53-54 stündige Arbeitszeit eingeführt und die übrigen Bedingungen alle erfüllt sind, sind dem Vorstande des Fachvereins zu melden, der dann die weiteren Verhandlungen führen wird. 3. Jeder Kollege, der zu den neuen Bedingungen arbeitet, hat bis auf weiteres wöchentlich 1 M. an die Streikklasse abzuführen. Seien auch vorläufig noch keine Unterstützungen zu zahlen, und seien auch so viel Nachfragen nach Bilderrahmenmachern auf dem Arbeitsnachweis, daß viele Kollegen Arbeit bekommen können, so sei doch für etwaige Maßregelungen Vorsorge zu tragen. Vor allen Dingen sei der Zuzug fernzuhalten nach den Werkstätten: Mannlich, Königsberger, Wahl u. Sohn, Schneider und Wehner. Streikgelder, sowie alle sonstigen Meldungen werden allabendlich im Streikbureau bei Straum, Ritterstraße Nr. 123, in Empfang genommen. Zum Schluss gelobten sich die Versammelten, im Falle die Fabrikanten in Zeiten der schlechteren Konjunktur sich sollten an der Organisation vergreifen oder an den so mühsam erkämpften Errungenschaften zu rütteln versuchen, daß das Entziffene übers Jahr mit Zinsen wieder eingeholt werde. Mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß die Versammlung.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Offenbach, 5. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Landtagswahl. In Offenbach (Land) errang der sozialdemokratische Kandidat einen glänzenden Sieg über den Ultramontanen. München, 5. Oktober. (Privattelegramm.) Im Reichshof-Prozesse kam heute das Gutachten zur Verlesung, das vom Reichs-Archivrat Wirthmann über die Handschrift des Angeklagten eingefordert worden war. Der Sachverständige erklärte, daß die Schrittzepertise hier ein gewagtes Ding sei; es wäre unmöglich, bestimmt zu sagen, ob der Angeklagte die ihm zur Last gelegten Schriftstücke unterschrieben hätte.

Zur Gasarbeiter-Bewegung.

Die Leitung der städtischen Gaswerke sträubt sich beharrlich, die von den Betriebsarbeitern geforderte Abschaffung der 18stündigen Sonntagschicht anzuerkennen. Am letzten Sonntag wurde — mit Ausnahme der Gasanstalt II (Gitschinerstraße) — in allen Anstalten 18 Stunden gearbeitet. In der Anstalt III (Müllerstraße) erklärte die Direktion, sie sei zwar bereit, für die 18stündige Schicht eine Lohnerböschung zu bewilligen, auch wolle sie die Arbeit dadurch erleichtern, daß die Kolonnen um je einen Mann verstärkt würden, aber die Abschaffung der 18stündigen Sonntagschicht sei nicht möglich. Wer diese nicht machen wolle, werde sofort entlassen. Unter diesem Druck machten die Arbeiter begreiflicherweise nach wie vor die 18stündige Schicht. In der Anstalt IV (Danzigerstraße) ist bekanntlich der Konflikt ausgebrochen, weil die während des Sommers durchgeführte 12stündige Sonntagschicht wieder in die 18stündige umgewandelt werden sollte. In dieser Anstalt wurden am letzten Sonntagabend die Arbeiter gefragt, ob sie am Sonntag 18 Stunden arbeiten wollen. Da hier an Stelle der Ausständigen neue Arbeiterkräfte eingestellt worden sind, und die im Betriebe verbliebenen alten Arbeiter die Entlassung fürchten, so traten alle ohne Ausnahme zur 18stündigen Schicht an. Um die Betriebsarbeiter vor dem unter den gegebenen Verhältnissen gesundheits-schädlichen Wassertrinken zu bewahren, liefert die Verwaltung den Arbeitern Kaffee. In der Danzigerstraße ist der Weg von den Betriebsgebäuden zur Kaffeeküche aber ziemlich weit, weshalb die Arbeiter, welche sich diesen Trank in den Ruhepausen selber holen mußten, bisher wenig Gebrauch davon machten, um sich die Erholungsstunden nicht unnötig zu kürzen. Neuerdings hat die Direktion eigens einen Arbeiter angestellt, welcher seinen Kollegen den Kaffee zuträgt. Es scheint also, als ob die Verwaltung durch Entgegenkommen in untergeordneten Dingen die Arbeiter von ihrer Hauptforderung, Beseitigung der 18stündigen Sonntagschicht, abzubringen sucht. Die Direktion der Gasanstalt II (Gitschinerstraße) stellte es den Arbeitern frei, ob sie am Sonntag 18 Stunden arbeiten wollten oder nicht. Infolge dessen meldete sich niemand für die 18stündige Schicht. Der Betrieb wurde hier in derselben Weise weitergeführt, wie es im Sommer, wo die 18stündige Sonntagschicht nicht gemacht wurde, gehandhabt worden ist. Es wurde nämlich zu einer 12stündigen Tagsschicht am Sonntag aus Hofarbeitern eine Hilfskolonne gebildet, die nur die Hälfte der Oefen zu besorgen hat. Man sieht also, daß sich bei einigem guten Willen sehr wohl ein Weg finden läßt, um die mehr als berechtigte Forderung der Arbeiter zu bewilligen, ohne den Betrieb zu stören. Das beste Mittel wäre allerdings nach Meinung der Arbeiter die Einführung von täglich drei achtschündigen Schichten. Auf diese Weise würde der Betrieb stets in vollem Umfang weitergehen und jedem Arbeiter alle drei Wochen ein ganz freier Sonntag verbleiben. Obwohl die Beamten der Gaswerke ein sehr scharfes Auge auf die Arbeiter haben, und dieselben von jeder Agitation fernzuhalten suchen, sind die Arbeiter in den Anstalten II und III einig, die Arbeit sofort niederzulegen, wenn die Verhandlungen vor dem Einigungsamt resultatlos verlaufen und die 18stündige Sonntagschicht beibehalten werden soll. Unter diesen Umständen hoffen die Ausständigen auf einen Sieg ihrer Sache, da die genannten beiden Anstalten die größten sind und, wenn in diesen der Betrieb auch nur zum größten Teil ruht, die Gasversorgung Berlins sehr bald ins Stocken gerathen muß.

Unmögliches verlangen die Berliner Gasarbeiter, die technischen Verhältnisse bei der Gaszerzeugung lassen es nicht zu, daß die überaus beschwerlichen Forderungen der Arbeiter bewilligt werden. So und ähnlich heißt es in den Aeusserungen der maßgebenden Personen, wobei wir von Herrn Dinsie ganz schweigen wollen. Was möglich ist im Betriebe der Gasanstalten, das zeigen die dankenswerthen Mittheilungen unserer Korrespondenten in London und Paris über die Arbeiterverhältnisse in den Gasanstalten der größten Städte der Welt, obgleich dieselben nicht städtische, sondern private Betriebe sind. Unser Londoner Korrespondent schreibt uns unterm 3. d. M. über die Lage der Londoner Gasarbeiter:

„Angesichts des Konflikt, der im Augenblick in den Berliner Gaswerken schwebt, dürften einige Bemerkungen über die Arbeitsverhältnisse in den Londoner Gaswerken an der Hand sein. In dem ich mir vorbehalte, sobald ich die eingeforderten authentischen Informationen erhalten, einen detaillirten Bericht folgen zu lassen, stelle ich zunächst im allgemeinen folgendes fest: London wird in der Hauptsache durch zwei große Kompagnien mit Gas versorgt. Die „Gas-Light and Coal Company“ versorgt fast ganz London nördlich der Themse, die „South-Metropolitan Gas Company“ den größten Theil von London südlich der Themse. Auf den Anstalten der ersteren, die mehr als dreimal so viel Gas fabrizirt, als die letztere, herrscht durchgängig der achtschündige Arbeitstag, und das gleiche gilt beiläufig von der großen Mehrheit der gegen 200 städtischen Gasanstalten Englands. Da die Gasversorgung keine willkürliche Unterbrechung verträgt, findet natürlich Arbeit in Schichten statt, aber dergestalt, daß auf seinen Gasarbeiter mehr als acht Stunden Arbeit pro Tag entfällt. Die „Gas-Light and Coal Company“ zahlte zuletzt 12 1/2 pCt. Dividende und ihre Stammaktien stehen 310 pCt. Die South-Metropolitan Gas Company hat der Arbeitslosenbewegung theils mit Hilfe der Polizeigewalt, theils dank einem sehr klug ausgedachten Gewinntheilungs-System bisher erfolgreichen Widerstand geleistet. Die Arbeitszeit beträgt bei ihr im Maximum 12 Stunden. Ein Ausschuss der Arbeiter hat Einspruchrecht in Bezug auf alle für den Betrieb getroffenen Anordnungen. Die Gasarbeiter unterstützen besonders Beschreibungsbestimmungen, wonach sie die Arbeit nicht ohne vorhergegangene Kündigung verlassen dürfen, und ebenso dürfen sie nicht ohne Kündigung entlassen werden. Die Kündigungsfrist ist, wenn ich nicht irre: meist vierzehntägig.“

Hast alle Arbeiter in den Anstalten der Gas-Light and Coal Company sind Mitglieder der Gas- u. Arbeiter-Gewerkschaft, während umgekehrt kein Mitglied dieser Gewerkschaft für die South-Metropolitan Gas Company arbeitet.

Zur Lage der Pariser Gasanstalts-Arbeiter schreibt unser Pariser Korrespondent unterm 4. Oktober:

In Paris besteht nur eine einzige von der Stadt konzeptionierte Gasgesellschaft. Die Arbeiter haben es also mit einem einzigen Unternehmer zu thun. Wenn sie aber trotzdem, wie wir bald sehen werden, verhältnismäßig günstige Arbeitsbedingungen erlangt haben — sie gelten unter der Pariser Arbeitererschaft für eine bevorzugte Arbeiterschicht, — so verdanken sie das dem Zusammentreffen von zwei Momenten. Erstens besitzen sie eine starke und leistungsfähige Gewerkschaft, die circa 7000 Mitglieder zählt und ein eigenes, zweimal monatlich erscheinendes Blatt herausgibt; zweitens wird die Gewerkschaft in ihren Forderungen durch den sozialistisch-radikalen Gemeinderath unterstützt, der jeweils den nöthigen Druck auf die Gesellschaft ausübt. Namentlich haben die Arbeiter wichtige Zugeständnisse erlangt vor drei bis vier Jahren, da der Gemeinde-

rath über die Erneuerung der 1905 ablaufenden Konzession zu berathen hatte.

Arbeitszeit. Mit Ausnahme der Heizer haben sämtliche Arbeiterkategorien einen Arbeitstag von 10 Stunden. In den seltenen Fällen, wo Nachtarbeit (von 8 Uhr ab) benötigt wird, wird doppelter Lohn gezahlt. Die Heizer arbeiten in zwei Schichten zu je 12 Stunden. Doch beträgt die effektive Arbeitszeit der Heizer 8—8 Stunden, denn alle 2 Stunden haben sie eine Ruhepause von 1 Stunde. Die Schwankungen der effektiven Arbeitszeit hängen ab von der Qualität der Kohle. Am raschesten brennt die englische Kohle, etwas langsamer die belgische und am langsamsten die deutsche. Je nachdem ist nun die Pause länger oder kürzer. Die Heizer erhalten, im Unterschied von den übrigen Kategorien, Allord-Lohn, und zwar 3 Fr. 80 Cts. (2,64 M.) pro „Ofenladung“, welche 1 Tonne (1000 Kilo) destillirte Kohle ausmacht. Jeder Heizer wird täglich mit drei solcher „Ofenladungen“ fertig, macht einen Tagelohn von 9 Fr. 90 Cts. (7,92 M.).

Ein Mißstand, dessen Beseitigung die Gewerkschaft anstrebt, ist die 24stündige Sonntagschicht der Heizer beim Wechsel des Personals der Tag- und der Nachtschicht. Doch beträgt, in anbetrach der Befragten, die effektive Arbeitszeit dieser Schicht 12—16 Stunden. Dem Herrn Stadtrath Ramskau, der mit den 8 1/2 M. der Berliner 18stündigen bezw. 17stündigen Sonntagschicht seinen bürgerlichen Kollegen ein demonstrativ-verächtliches „Hört!“ entlockte, wird es interessieren, zu erfahren, daß die Pariser Heizer für eine effektive Arbeitszeit von 12—16 Stunden 15 Mark und 84 Pfennige bekommen. In dem fordern die Heizer die Einführung des in den englischen Gasanstalten üblichen dreifachen Schichtsystems zu acht Stunden pro Schicht.

Hervorzuheben sind noch folgende, von der Gewerkschaft erlangte Zugeständnisse. Sämtliche Arbeiter erhalten einen Gewinnantheil von 2 pCt., was 120—150 Fr. jährlich pro Arbeiter ausmacht. Außerdem hat jeder Arbeiter ein Recht auf den Bezug von 36 Hektoliter Coals jährlich.

Eine Kündigungsfrist von 8 Tagen besteht für alle Berufsarbeiter. Dabei wird während der Kündigungswoche den Arbeitern eine Stunde täglich freigegeben, damit sie sich nach Arbeit umsehen können, ohne daß ein Lohnabzug stattfindet. — Die Heizer und die Handlanger haben keine Kündigungsfrist, doch sind Entlassungen von heute auf morgen höchst seltene Ausnahmen. Der Einfluß der Gewerkschaft verhindert willkürliche, ungerechtfertigte Entlassungen. Regelmäßige Entlassungen finden im Sommer statt, da mit abnehmendem Gasverbrauch die Produktion eingeschränkt wird. Dabei werden auch die interessirten Heizer um 8—15 Tage früher avisirt. Bei diesen zeitweiligen Entlassungen und den nachherigen Wiedereinstellungen hat sich die Verwaltung streng an die Reihenfolge des Arbeiterverzeichnisses zu halten, so daß die zuerst Entlassenen auch zuerst wieder eingestellt werden müssen und umgekehrt.

Schließlich sei erwähnt, daß das Gewerkschaftsblatt von der Verwaltung regelmäßig gelesen und die darin vorgebrachten Beschwerden beachtet werden.

Internationale Solidarität. Wir erhalten aus Paris von der Gewerkschaft der Gasarbeiter (chambre syndicale des travailleurs de Gaz Bourso de Travail, 8 Rue de Chateaud'eau) die Erklärung, daß sie sehr gern bereit sind, die Berliner Gasarbeiter zu unterstützen, wenn eine friedliche Einigung nicht zu Stande kommen sollte.

Lokales.

An die Parteigenossen im 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis, Osten. Parteigenossen! Unser Wahlverein weiß schon eine erhebliche Mitgliederzahl auf; doch sind der organisirten Genossen immer noch nicht genug, um der Zahl der sozialdemokratischen Wähler in unserem Kreise zu entsprechen. Wir fordern Euch deshalb wiederholt auf, der politischen Organisation beizutreten und, soweit dies geschehen, überall, in Werkstat und Familie, neue Mitglieder zu werben. Jeder sozialdemokratische Arbeiter hat die Pflicht, sowohl politisch wie gewerkschaftlich organisiert zu sein. Mitglieder werden an folgenden Stellen aufgenommen: Vogel, Elbingerstraße 9. Jabel, Frankfurter Allee 90. Baumgarten, Königsbergerstr. 7. W. Loh, Grüner Weg 46. F. Wille, Andreasstr. 26. Köpenick, Schillingstr. 30. Radtke, Krausstr. 48. Neumann, Kleine Andreasstr. 15. Lorenz, Kropfenstr. 17. Böhl, Räderdorferstraße 8. Wiedemann, Blumenstraße 38. D. Franke, Friedrichsbergerstr. 11. Spaet, Weinstr. 28. A. Hoffmann, Blumenstr. 14. Haseloff, Landsbergerstr. 8. Lange, Landsberger Allee, Ede Lustigerstraße. Schilling, Weidenweg 81. Jauer, Fruchtstr. 52. Wiedemann, Stralauer Chaussee 17 b. Distowski, Holzmarktstr. 44a. Lange, Friedrichsfelderstraße 37.

Die nächste Versammlung findet Dienstag, den 13. Oktober, statt. Näheres siehe Inserat am Sonntag.

Arbeiter-Bildungsschule. Diejenigen, welche noch mit Sommerfest- und Kunstausstellungs-Billetts im Rückstande sind, werden gebeten, umgehend abzurechnen. Der Vorstand.

Der frisch-fromm-freimüthige Berliner Magistrat hat an den vielen Kirchenspenden noch nicht genug, die den Steuergebern durch die bekannte Konfistorial-Ordnung von 1537 auferlegt werden. Er tritt jetzt an die Stadtverordneten-Versammlung mit einer Vorlage heran, in der für die Ausschmückung der Kirche von Großbeeren ein Beitrag von 600 M. gefordert wird. Als Grund für solche Zumuthung führt der Magistrat jene Großbeeren-Schlacht aus dem Fürsten-Befreiungskriege von 1813 an, über die mit gnädiger Erlaubnis ihres Landesherren sich dieselben Berliner freuen dürften, die wenige Jahre vorher noch den Franzosenkaiser mit einem wohl eingepaukten „Vive l'Empereur!“ anzuhothen hatten. Offenlich giebt der Magistrat den Stadtverordneten das beruhigende Versprechen, daß in der Kirche von Großbeeren auf keinen Fall eine — Kameelinschrift angebracht wird.

„Von einer neuen Palastrevolution in einem hiesigen sozialdemokratischen Blatte.“ Die viel von sich reden machen soll, berichtet ein zeilenhungeriger Reporter bürgerlichen Blättern. Es handelt sich um den „Sozialistischen Akademiker“, dem in einer neuen Zeitschrift ein Konkurrenzblatt ersuchen soll. Um die Freude der Gegner zu dämpfen, sei mitgetheilt, daß in der offiziellen Liste unserer Partei-Organen, die am Beginn jedes Vierteljahres von geschäftsführenden Ausschuss veröffentlicht wird, der „Sozialistische Akademiker“ nicht figurirt. Der in der Reportermittheilung erwähnte Abfall eines Schiedsgerichts-Urtheils, der einem Inzerate unserer Sonntagsnummer entnommen ist, bezieht sich nicht, wie der des Besens ziemlich unklugem Reporter bemerkt, auf Genossen Saffendach, sondern auf einen früheren Theilhaber des Baake'schen Verlags, den nicht zu nennen die Redaktion und der Verlag des „Sozialistischen Akademikers“ besondere Veranlassung haben.

Die Heiligkeit des geistigen Eigentums spielt in unsere Ordnung, Religion und Sitte stützenden Blättern eine gar sonder-

bare Rolle. In den „Berliner Neuesten Nachrichten“ steht zu lesen: Die „Charlottenburger Zeitung“ erdreistet sich, in ihrer Nummer 275 vom 3. d. M. uns des Nachdrucks ohne Quellenangabe zu beschuldigen. Wir können dem gegenüber nur bemerken, daß die „Charlottenburger Zeitung“ unseren Original-Artikel über den Schluß der Internationalen Kunstausstellung in der Nr. 274 vom 2. d. M. wörtlich ohne Quellenangabe abgedruckt hat. Wer im Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.“ Nach dem Wismarblatt scheint es mit der Heiligkeit des geistigen Besitzes ähnlich zu stehen, wie mit der Heiligkeit der Ehre im Strafgesetzbuch. Wenn zwei Leute einander vorwerfen, daß sie silberne Vöfel gestohlen haben, dann wird die eine Beleidigung bekanntlich durch die andere als kompensirt erachtet.

Von neuen Duellprügeleien weiß eine Lokal-Korrespondenz zu berichten: Drei Pistolenduelle haben in der vergangenen Woche im Grunewald und in einer weiteren Entfernung von Berlin stattgefunden, das letzte am vergangenen Sonntagabend. Im Grunewald standen sich zwei junge Leute gegenüber, in den beiden anderen Zweikämpfen jedesmal verheiratete Männer. In den beiden letzten Fällen sollen Frauen eine Rolle spielen.“ Ob die Kaufbolde ihren Zweck, sich gegenseitig umzubringen erreicht haben, wird nicht gemeldet.

Dr. Ludwig Lenz, das älteste Mitglied des „Vereins Berliner Presse“, ist am 2. Oktober abends im Alter von 84 Jahren gestorben. Er war vor einem Menschenalter Redakteur des „Freischuh“ in Hamburg und redigirte später den „Bazar“ in Berlin.

Abermals ist am Sonntagvormittag auf der elektrischen Bahnhofsstation Leipzigstraße eine größere Verkehrsstörung entstanden. Vermuthlich durch einen Defekt an den Maschinen der elektrischen Station war der Strom ausgeblieben; infolge dessen blieben die sämtlichen Wagen, wo sie sich gerade befanden, stehen. Die Störung währte etwa eine Stunde.

Der Fernsprechverkehr mit Bochum ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt eine Mark.

Das Rasiren soll theurer werden! Unter den selbstständigen Barbieren und Friseurern ist eine Agitation im Gange, welche eine allgemeine Preiserböschung in den Barbiergehäften anstrebt. In Städten unter 30 000 Einwohnern soll der Minimalpreis für Rasiren 15 Pfennige, für Haarschneiden 35 Pfennige, in Städten 50 Pfennige betragen. Motivirt wird dieses Verlangen mit dem Hinweis darauf, daß in den letzten Jahren fast alle Einnahmequellen, aus denen die Barbire einen mitunter recht ansehnlichen Nebenverdienst schöpfen, verlegt sind. Die Berliner Junung wird in nächster Zeit zu der Frage der Preiserböschung Stellung nehmen. Hier wird die Konkurrenz es kaum zu einer allgemeinen Vertheuerung kommen lassen.

Ein Gewitter entlud sich gestern, Montag, Nachmittag um 4 1/2 Uhr über Berlin. Es währte nur kurze Zeit, ein Blitz und ein Donnererschlag war im wesentlichen alles. Dagegen war das Unwetter von einem heftigen Hagelschlag begleitet.

Ein Geisteskranker und sein Kind. Der Wächermacher Ahle aus Fürstenwalde hielt sich im vorigen Monat bedauerlicherweise in Berlin auf. Am 18. September fuhr er, der bis dahin vollkommen geistig gesund war, von Berlin aus nach Rixdorf, um dort wohnende Verwandte zu besuchen, verließ diese nach kurzem Aufenthalt und war seitdem verschwunden. Vor einigen Tagen wurde er bei Weipensfeld in Sachsen vollkommen entseindet auf einem Felde vorgefunden. Wie sich alsbald herausstellte, war er wahnsinnig und muß seit dem 19. v. Mts. in genannter Gegend umhergeirrt haben, in welcher Zeit er sich von Feldfrüchten ernährte. Ueber sein mitgeführtes Kind vermochte der Kernste keine Auskunft zu geben. Jetzt ist dieses in Halle ermittelt worden. Der Kleine wurde am 19. September morgens auf der Straße umherirrend und weinend angetroffen und da er über seine Person keine Angaben machen konnte, nach dem dortigen Kinder-Asyl geschafft. Erst am Freitag ist es gelungen, den Kleinen als den vermißten Sohn des geisteskranken A. zu rekonstruiren. Wie der Knabe nach Halle gekommen ist, war nicht festzustellen. Es ist anzunehmen, daß der Wächermacher im Irrenhaus nach dem Anhalter Bahnhof gegangen und von dort mit dem Kinde nach Halle gefahren ist. Hier hat er den Kleinen vermuthlich ausgefetzt und ist mit der Bahn allein weiter gefahren.

Im Apollo-Theater erregt zur Zeit die technische und minutiöse Fertigkeit eines Verwandlungsakrobaten Interesse. In einem Tragödien-musikalische Ehedrucksjene benannten Spiel führt Signor Bernardi sämtliche vier Rollen der nacheinander aufstretenden Personen mit staunenswerthem Geschick vor und spricht außerdem noch den einleitenden Prolog des kuriosen Dramas. Das ganze Stück ist eine gelungene Parodie auf die modernen italienischen Ehedruckoperen von Schläge der Cavalleria rusticana. Sowohl die Verwandlungsfähigkeit des Künstler, die namentlich bei der von ihm vorgestellten weiblichen Rolle überrascht, als auch der dramatische Aufbau des Werks zeugen von vortrefflichem Geschick. Aus dem sonstigen abwechslungsreichen Programm verdient das Wiederauftreten der aus der vorigen Saison bekannten Eugenie Fougère erwähnt zu werden. Auch jetzt weist die temperamentvolle Dame namentlich durch ihre drastische Imitation der „schönen Doro“, einer berühmten Heldin der Liebeswelt, das für solche Dinge empfängliche Publikum des Apollo-Theaters zu entzücken. Neben dieser Dame wirkt der Komiker Steidl durch einige mit gutem Humor vorgetragene harmlose Kompletts; des weiteren seien die beiden Excentrics The Danton aus dem vielgestaltigen Programm hervorgehoben. Wie immer, so fällt auch jetzt den Schluß der Vorstellung eine lärmvolle Pantomime aus, die „Das gestörte Hochzeitsfest“ benannt ist und von der Rajade-Truppe mit vieler Beweglichkeit aufgeführt wird.

Im Berliner Eisenbahnbetrieb hat sich am Sonntagabends ein schwerer Unglücksfall ereignet. Gegen Mittag wurde auf dem Anhalter Kutschen-Bahnhof gegenüber der Kreuzbergstraße der Rangirer Buchholz durch eine Lokomotive überfahren und so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

Straßensperrung. Der Schiffbauerdamm von der Friedrichstraße bis zur Straße „Am Jirkus“ und das Reichstagsufer von der Friedrichstraße bis unterhalb der Rothbrücke werden wegen Anschließung der Rampen für die Neue Weidenammer Brücke vom 7. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Die Leiche eines Soldaten ist am Montag Vormittag im Humboldtbasen treibend aufgefunden und von Schiffen unter der Eisenbahnüberführung gelandet worden. Es handelt sich um einen Kanonier von der 2. Batterie des 1. Garde-Feldartillerie-Regiments, und zwar nach den bisherigen Ermittlungen wahrscheinlich um einen Batterieschreiber, der seit etwa acht Tagen vermisst wird. Ob ein Selbstmord oder ein Unfall vorliegt, wird schwer festzustellen sein.

Durch einen rücksichtslosen Radfahrer wurde Sonntagabend 6 Uhr an der Ecke der Kreuzauer- und Lindenstraße eine ältere Dame so schwer überfahren, daß man sie vom Platze

tragen mußte. Der Radfahrer stürzte ebenfalls, erhob sich aber rasch wieder, fuhr davon und entkam, obgleich das Publikum ihn aufzuhalten suchte.

Ueberrfahren. Die in der Linienstraße wohnende Frau des Handlarmannes Abel passierte Sonntag Morgen gegen 9 Uhr mit ihrem anderthalbjährigen Sohnen die Bredingerstraße und traf an der Ecke der Linienstraße eine Bekannte, mit welcher sie plaudernd stehen blieb. Während dieser Zeit ließ sie das Kind unbedacht, welches sich von der Hand der Mutter lösmachend, auf den Straßenraum lief und hier direkt unter die Räder einer in diesem Augenblick die Ecke passierenden Droschke geriet. Der Kleins erlitt hierbei so schwere innere Verletzungen, daß er in hoffnungslosem Zustande nach dem jüdischen Krankenhause gebracht werden mußte.

Ueber ein sonderbares Ereigniß meldet der gestrige Polizeibericht: Abends schon in der Oranienburgerstraße der Fuhrunternehmer Sp. einen Revolver ab. Er hatte seinen 13 Jahre alten Bruder, der sich schon seit mehreren Wochen an der Hand des eiterlichen Hauses umhertrieb, auf der Straße getroffen. Dann, als dieser vor ihm fortließ, hatte er ihn verfolgt und schließlich, um ihn zu erschrecken, den Schuß abgegeben. Es glückte ihm, sich des Burschen zu bemächtigen.

Am Sonnabend in der Mittagsstunde wurde das Pferd einer durch die Kanonierstraße fahrenden Droschke schon und lief auf den Bürgersteig. Hierbei gerieth die aus einem Geschäfte Kanonierstr. 8 herankommende 23jährige verheiratete Luise Wöbe unter die Räder des Wagens und erlitt außer einer Verletzung an der Stirn einen Bruch des linken Kniegelenks. Sie wurde auf der Anfallstation I verbunden und dann nach ihrer Wohnung gebracht.

Aus den Nachbarorten.

Das gekürzte Eisbeineffen. Am Sonnabend Abend sahen bei dem Wirtse Tink in Steglitz einige fünfzig Damen und Herren beisammen, um sich an einem Eisbeineffen, das gerade aufgetragen werden sollte, zu erquicken. Die Gesellschaft, die harmlos heiter der Freude harzte, die da kommen sollten, hatte aber in unserer Zeit des Kampfes für Ordnung, Religion und Sitte die Rechnung zwar nicht ohne den Wirt, wohl aber ohne die Sicherheitsbehörden unseres Mutterlandes gemacht. Denn als man andächtig mit humorigen Fragen am gedeckten Tische saß, erschienen statt der Eisbeine drei Gendarmen und sechs Polizisten, die einen der Festteilnehmer fragten, wo er die behördliche Bescheinigung habe, daß die stattfindende — Versammlung regelrecht angemeldet sei. Als der erstaunte Angeredete dem Beamten bedeutete, daß man zum Eisbeineffen und zu keinem anderen Zwecke versammelt sei, und daß keine gesetzliche Bestimmung das gemeinschaftliche Vertilgen von Schweinefleisch verbiete, erwiderte ein Gendarm, daß trotz dieser Argumentation eine Versammlung stattfinden, und zwar die eines politischen Vereins, an der nach dem Vereinsgesetz Frauen nun schon gar nicht theilnehmen dürften. Denn die Sache liegt so: Wie er, der Gendarm sehe, seien die anwesenden Versammlungsteilnehmer zumest Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes von Steglitz, und der Arbeiter-Sängerbund sei nach der behördlichen Ansicht, an der nicht zu rütteln ist, ein Verein, der die Erörterung politischer Angelegenheiten bezwecke. Da ferner nun die Versammlung, die er vor sich sehe, entgegen dem Gesetz erstens unangemeldet und sodann ebenfalls geschweigerweise unter Theilnahme von Frauenpersonen stattfinden, so löse er diese Versammlung auf und richte an die Anwesenden das Ersuchen, sich aus dem Lokal zu entfernen, zum ersten, zum zweiten, zum dritten Mal!

Es ist schwer, bei der in Preußen gegen sozialdemokratische Arbeiter beliebten Anwendung des berühmten Vereinsgesetzes sich noch soviel Humor zu bewahren, als zur Schilderung einer trotz des Gräßes der Thatfachen so unendlich komischen Sache nöthig ist. Diese besonders drastische Episode aus dem vergeblichen Kampfe, den die Behörden in Preußen gegen die Sozialdemokratie führen, bildet nichts als ein einziges, unbedeutendes Glied in der langen Reihe der hergebrachten Arbeiterverfolgungen. Auch in Steglitz können unsere Parteigenossen ein Lied von diesem Kampfe singen, der sich in neuerer Zeit aus unerklärlichen Gründen ganz besonders gegen den dortigen Arbeiter-Sängerbund richtet. Es versteht sich, daß unsere Parteigenossen in dem genannten Vororte auch die neueste behördliche That mit Kraft und Umsicht als Agitationsmittel für unsere Sache anwenden werden, und so findet denn übermorgen, Donnerstag, abends 8 Uhr, im Lokal zum Schwarzen Adler eine **Kollektivversammlung** statt, die sich speziell mit dem politischen Kampfe gegen uns beschäftigen wird. Namentlich die Frauen sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Die Parteigenossen und Genossinnen von Weiskensee werden auf die am Mittwoch, den 7. d. M., im Palais an der Ecke der Königs-Chaussee und Leichterstraße stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht, in welcher Frau Welsch über Frauenpflichten und Frauenrechte reden wird. Um zahlreiches Erscheinen ersucht die Einberuferin.

Die Neuorganisation der preussischen Gewehrfabriken und der Munitionsfabrik in Spandau bringt für mehrere Beamtenkategorien einschneidende Aenderungen. Die Oberbüchsenmacherstellen in den königlichen Gewehrfabriken werden gänzlich eingezogen; die Revision und die Abnahme der Arbeiten wird von Inspektoren und den ihnen brigestellten Munitionsrevisoren bewerkstelligt werden. Diese Stellen werden zunächst den bisherigen Oberbüchsenmachern übertragen. Die Patronenbüchsenmacher werden nicht mehr zum Examen als Oberbüchsenmacher zugelassen, da später die Munitionsrevisoren aus dem Feuerwerkspersonal hervorgehen sollen. Infolge dieser Umwandlungen und durch das Eingehen der Halbpatronen ist die Büchsenmacherlaufbahn zur Zeit wenig aussichtsreich; die jungen Aspiranten werden in den ersten zehn Jahren auf Anstellung im Militärdienst kaum rechnen können.

Aus dem Spandauer Militärgesängnis. Im Februar vorigen Jahres ist der jetzige Militärgesängene Peter Jöres wegen Fahnenflucht zu Gefängnis verurtheilt worden. In der Gefängniszeit beschäftigte man ihn mit Schneiderarbeiten. Jöres konnte sich aber während der Strafzeit, wie geschrieben wird, nicht an Gehorsam gewöhnen. Die ihm übertragenen Arbeiten führte er nachlässig aus, zeigte sich widerspenstig gegen seine Vorgesetzten und war auch durch Disziplinarstrafen, die in mehr als 20 Fällen über ihn verhängt wurden, nicht zu bessern. Im Frühjahr d. J. brachte man den körperlich kranken Strafiling in das Lazareth, konnte aber dort eine ungesunde Beschaffenheit des Geistes an ihm nicht entdecken. Im Gefängnis trug er dann wieder sein widerspenstiges Wesen zur Schau, unterhielt sich gegen das Verbot mit den in seiner Nachbarschaft untergebrachten Gefangenen und unterbrach selbst in der Kirche den Gottesdienst durch lautes Sprechen. Man hat ihn nunmehr wiederum in das Lazareth gebracht, aber auch diesmal ist mit ihm nichts anzufangen. Gegen die Wärter benimmt er sich wortkarg und den Wärtern steht er überhaupt nicht Rede und Antwort. An Geisteskrankheit zweifelt man bei Jöres noch, weil er einer gesunden Familie entstammen soll.

In der Gemeinde Lichtenberg-Friedrichsberg-Wilhelmsberg wurde kürzlich die erste Gemeindevorstanders-Sitzung unter Vorsitz des neuen Gemeindevorsetzers und Bürgermeisters a. D. Rietzen abgehalten. Man beschäftigte sich in der Sitzung auch mit den letzten Gemeindevorwahlen und erklärte der „Post. Ztg.“ zufolge in der dritten Klasse sämtliche Wahlen und in der zweiten Klasse zwei Wahlen für ungültig. Ferner wurde beschlossen, ein eigenes Rathhaus zu bauen und darin sämtliche Schreibstuben der Gemeindeverwaltung, der Polizei, der Kranken-

kasse u. zu vereinigen. Man hofft, daß der Bau den Preis von 330 000 M. nicht überschreiten werde.

Wegen eines an einem Ainde verübten Sittens-Vergehens ist der 28 Jahre alte Friseur Wilhelm G. aus der Kaiser Friedrichstraße zu Schöneberg am Sonnabend verhaftet worden.

Von einem Eisenbahn-Unfall giebt die Betriebsinspektion 10 (Berlin) Nachricht: Der gestrige Personenzug 87 sollte in Ludenowalde wegen Ueberholung durch den Schnellzug 81 auf einem Nebengleise einfahren. Hierbei ist ersterer Zug wegen falscher Weichenstellung auf einen Rangirtheil gefahren, wodurch 5 beladene Wagen entgleisten und beschädigt worden sind. Beim Unfall haben zwei Reisende leichte Kontusionen erlitten. Betriebsführung ist nicht eingetreten. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Verhaftung eines Wilderers. Der Gärtner Schulz, der in hervorragender Weise an zahlreichen in der Umgegend von Hamburg verübten Wilddiebstählen theilhaftig war und dieserhalb stückweislich verfolgt wurde, hatte sich nach Berlin gewandt, wo er eine neue Diebesbande gründete und längere Zeit den Grunewald unsicher machte. Der hiesigen Kriminalpolizei ist es nun gelungen, den gefährlichen Wilderer zu ermitteln und dingfest zu machen. Seine Ueberführung nach Hamburg ist bereits erfolgt.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Die Ausstellung war auch am vorigen Sonntag überaus zahlreich besucht.

Zwischen den beiden feindlichen Stämmen der Suaheli und Massai kam es vorgestern Vormittag zu einer heftigen Fehde. Die in der Kolonialausstellung vertretenen Mitglieder der beiden Stämme waren miteinander in Streit gerathen, der alsbald in Thätlichkeiten ausartete und einen solchen Umfang annahm, daß die Beute mit Knütteln aufeinander einschlugen und Kuffen und Gendarmen gegen die Exzessanten einschreiten mußten. Die Stimmung der Schwarzen war so erregt, daß die Leute schließlich, um eine Fortsetzung des Kampfes zu hindern, vorübergehend eingesperrt werden mußten.

Wenn der Paläontologe der Zukunft in kommenden, fern abliegenden Zeiten in der weiteren Umgebung Treptows Ausgrabungen vornehmen sollte, wird er vielleicht auf Funde stoßen, die ihn stuhig machen werden. Er wird nicht wissen, was er mit ihnen anfangen soll. Zwar die Skelette und Ueberreste der von ihm entdeckten Thiere zu klassifizieren wird ihm nicht schwer fallen. Aber daß sie nicht zu den Mammuthexemplaren ihrer Gattung gehören und nicht antediluvianischen Ursprungs sind, wird ihm sofort einleuchten. Wie aber, so wird er sich fragen, kommen die Skelette in dieser Massenhaftigkeit hierher? Wenn er dann die Aufzeichnungen unserer Tage aus den verhältnißmäßig längst vergilbten Blättern durchstudirt, wird er entdecken, daß in der Gegend seiner Funde im Jahre 1896 eine Gewerbe-Ausstellung stattfand, die mit einem Vergnügungspark verbunden war, und daß in diesem Vergnügungspark der Thierlöwig unserer Zeit, Karl Hagenbeck in Hamburg, weidlich für die Unterhaltung seiner Besucher gesorgt hatte. Und der Zusammenhang der Grabstätten mit diesen Veranstaltungen wird ihm klar werden. In der That handelt es sich um Massengräber. In der Stille der Nacht, auf weitem Felde, sind nach der „Nat. Ztg.“ nicht weniger als 150 Affen, 53 Seebären, 1 Löwe und 1 Bär, die der Pflanzwelt unseres Klimas nicht widerstehen konnten und infolge dessen eingegangen sind, nach und nach verscharrt worden. Der Löwe ist erst in diesen Tagen eingegangen. Bezüglich des Bären sei ausdrücklich bemerkt, daß es sich nicht um den kleinen ufkigen schwarzen Sigerlöwig handelt, der durch die gemessene Grandezza seiner Bewegungen ein Liebling aller Besucher geworden ist. Der Werth der eingegangenen Thiere ist kein so unbedeutlicher, wie man wohl annehmen könnte. Der Durchschnittspreis der Affen betrug 50 M. Ursprünglich waren gegen 500 in das „Affenparadies“ gebracht worden, ein Erfah für die dahingerahten hat, da die Verluste erst in letzter Zeit eintreten, nicht stattgefunden. Die Seebären dagegen sind aus dem großen Bestande in Hamburg stets ergänzt worden.

Kunst und Wissenschaft.

Hermann Sudermann ist mit seinen neuen Komödien vom Vesting-Theater, wo sein Ruhm ausging, ins Deutsche Theater übergesiedelt. Die drei Einakter, die am Sonnabend zum ersten Male gespielt wurden, heißen „Teja“, „Frischen“ und „Das Ewig-Männliche“. Sie wurden unter dem Gesamttitel „Morituri“ („Dem Tode geweiht“) aufgeführt. Dieser Gesamttitel soll gleichsam auf ein Leitmotiv, das den drei Stücken gemeinsam ist, hindeuten; er ist aber nicht recht zutreffend. „Teja“ und „Frischen“ sind zwei engbrüstige Tragödien; sie wollen weichenmüthig zu weichem Mitleid anregen. Sie rühren an schwere Fragen, die von jeder das grüblerisch-sinnende Dichtergemüth angeregt haben. Was wohl die letzten Augenblicke derer, die an Rück Erinnerungen, an Todesängsten zu sterben bereit sind, erfüllen mag? Aber auf die schweren Fragen erfährt man keine tiefere Antwort im großen poetischen Sinn. In „Teja“ ist der Stoff akademischrechtzeitig, „Frischen“ weicht in der dramatischen und schlagenden Szenenführung die Vorzüge des ungewöhnlich bühnenkundigen Sudermann aus, so daß es als Theaterstück wenigstens sehr lebhaft wirkte. In beiden Dramen hat der Autor eine wohlfeile Art gewählt, elegische Stimmungen wachzurufen. Kein ausgeglichenes Individuum geht am Widerstand der Welt zu grunde. Denn im Hintergrunde sind Sudermann's Sterbende längst tot gewesen; das heißt, innerlich abgestorben. Die Fall- obst von den Zweigen fällt, so sinken die unabhaffenen Dulder bei Sudermann zu Boden. Ob man nun über derlei Geschehnisse mitleidvolle Begehrtheit empfindet, das hängt davon ab, wo man selber steht. Der Gothenkönig Teja hat eine Erbschaft abgenommen, die seine jungen Schultern erdrückt. Sein Reich ist zerpalten, seine Herrschaft totgewund; und in neronischer Wuth raft der Jüngling in blindem Morden. Der Wahnsinnige tauscht sich den Schein von lähmem Leben und von Thaten vor; in Wahrheit war er längst ein verdorrter Ast; und wenn er in theatralischer Heldenpose zum Sterben geht, was ist mir dann Sekuda?

Auch Lieutenant Frischen hat weisses Blut in seinen Adern. Auch hier stirbt in Wahrheit kein Thatendrang, kein Jünglingsmuth. Ein kranker Erbe, ist Frischen weit vor der Katastrophe der geistigen Todesstarr verfallen. Von engsten gesellschaftlichen Gesetzen eingeklemmt, gepreßt von trostlosen Familienvorschriften, wird der Jüngling bei dem besten Lebenskonflikt niederknien, wie ein Kalb, vom Weil des Wehgers getroffen, niedersinken!

Frischen's eigener Vater, der Major, hat den Sohn auf den Weg zum Tode verwiesen. Frischen liebt seine Kouline. Er soll sie auch zur Frau gewinnen. Aber erst soll er „ehereif“ werden: das ist, sich die Hörner abstoßen. Abenteuer erleben, wie sich für einen schneidigen Offizier schickt. Und Frischen erlebt sein Abenteuer bei der Frau eines anderen. Er wird vom Gatten ertappt und der Wehrlose wird zum Hause hinausgepeitscht. Sein Sittensloder gebietet ihm nun, in den Tod zu gehen, und die Erde hat einen Weichling weniger.

Wacker traten die Darsteller, zumal Herr König, der den künftigen Gothenkönig, der in der Todesstunde noch durch Frauenhuld zur Liebe gesänftigt wird, wie den verunglückten Lieutenant spielte, für die beiden Trauerspiele ein.

Künstlerisch erfreulicher war das satirische Verspiel „Das Ewig-Männliche“. Hier decken sich Rollen und Können. Hier giebt es kein gewichtiges Problem zu ergründen; nicht auf dichterisches Empfinden im höchsten Wortsinne kommt es an. Ein satirisch gesaunter luger Mann erzählt mit dreifchem Glücke eine übermüthige Variation des alten

männlichen Spruches: „Verachte das Weib!“ Freilich hat man unter dem Weib die Wüstgängerin, die Dame ohne Lebensinhalt zu verstehen. Diesmal trägt sie sogar Diadem und Krone. Die junge Königin im Maskenspiel hat einen alten Gatten und berückt mit ihrer Schönheit die Köpfe aller Höslinge. Auch den tapferen Mann, den ehrlichen Kriegsführer, wie den wihigen Maler voll gesunder Lebensfülle lockt sie in ihre Netze. Aber die beiden sind Manneskeule; der eine kraft seiner Thatbereitschaft, der andere kraft seines müthigen Geistes und Wihes. Dem Maler wird von idyllischen Höslingen eine Falle gelegt. Er tappt hinein und die Königin, die ihm eben weit zu geben erlaubte, läßt ihn fallen und liefert ihn an den eifersüchtigen Kriegsführer, seinen Nebenbuhler aus. Aber der Maler ist kein Moriturus. Er will nicht wie ein Schlachtopfer um eines buhlerischen Weibes willen fallen. Er hat den Pinsel meisterlich führen, nicht aber den Degen treuen gelernt, und so überzeugt er seinen Gegner durch einen kligen Einfall, daß die Königin kein Duell werth sei, daß sie nicht ihn und nicht den Kriegsmarschall geliebt habe. Die überführte Königin kann aber des Ewig-Männlichen nicht enttrathen, und so greift sie für den entzweiten Maler und den befreiten Kriegsmann zu ihrem — schönen Kammerdiener. Mit equidistischer Jugendlust und mit anmüthiger Kollaterale wurde das Satyrspiel von König und der Sorma wieder gegeben.

Im Schiller-Theater wird morgen zum ersten Male „Der Sohn der Wildniß“, dramatisches Gedicht von Friedrich Halm, gegeben. Die Hauptrollen werden von den Damen Pauly, Wille und Werner und den Herren Pauly, Pauly, Giben und Steinecke gespielt. Heute findet noch eine Wiederholung des Lustspiels „Ein Schritt vom Wege“ statt.

Soziale Rechtspflege.

Aus der Konfektion. Gegen eine Frau Adolfine Bauer, die Inhaberin einer Arbeitsstube, in der Kostüme (Konfektionswaare) gefertigt werden, klagte die Kostümarbeiterin Böcke auf Zahlung einer Lohnentschädigung wegen unberechtigter sofortiger Entlassung. Zur mündlichen Verhandlung vor der Kammer I des Gewergerichts hatte Frau Bauer ihren Gatten geschickt, der folgende charakteristische Ausführungen machte: Am Entlassungstage sei eilige Arbeit fertigzustellen gewesen. Fräulein B. habe sich geweigert, mehrere Stunden nach Feierabend zu arbeiten, der für gewöhnlich auf 8 Uhr abends selbsteig war. Obwohl die fräuglichen Sachen am anderen Tage hätten geliefert werden müssen, sei die Klägerin nach 9 Uhr weggegangen. Eine solche Arbeiterin könne man natürlich nicht brauchen, sei es doch in der Konfektion üblich, daß je nach Bedarf länger gearbeitet werde. Der Vorstehende, Assessor Hellwig, unterbrach Herrn Bauer an dieser Stelle seiner Rede, indem er ihm vorhielt, wie er nur so etwas ansprechen könne; man könnte niemand zwingen, Ueberstunden zu machen. Herr Bauer machte dann noch geltend, daß die Klägerin nach der Entlassung aufgefordert worden sei, weiter zu arbeiten. Fräulein Böcke erklärte hierauf, Frau Bauer habe sich allerdings durch ihren Hinweis auf die gesetzliche Kündigungsfrist bestimmen lassen, sie zum Wiederkommen aufzufordern; jedoch habe die Beklagte ihr zugleich gesagt, daß sie hinfort mit dem Kunähen von Haken und Oesen beschäftigt werden würde. Eine solche Arbeit habe sie als perfekte Kostümarbeiterin aber nicht ausführen mögen. Der Vertreter und Gatte der Beklagten mußte zugeben, daß die Angaben der Klägerin richtig seien; indessen glaubte er auch das Angebot rechtfertigen zu können, daß seine Frau Fräulein Böcke gemacht hat. Aber die eilige Arbeit nicht machen wolle, ließe sich nur zu Nebenarbeiten verwenden. Der Gerichtshof verurtheilte den Beklagten zur Zahlung der geforderten 30 Mark. Er war der Meinung, daß die Klägerin widerrechtlich entlassen worden sei, und stellte den Grund auf, daß kein Arbeiter verpflichtet sei, über die reguläre Arbeitszeit hinaus zu arbeiten. Auch wurde in der Urtheilsbegründung ausgeführt, daß einer Arbeiterin, die bisher Kostüme gefertigt habe, nicht zugemuthet werden könnte, sich hinfort mit dem Kunähen von Haken und Oesen zu beschäftigen.

Gerichts-Beitrag.

In der Strafsache gegen den Genossen Paul Zahn wegen Verstoßes gegen die §§ 6 und 15 des Vereinsgesetzes, welche die sofortige Klümmung eines Versammlungsortes nach der Auflösung einer Versammlung verlangen und die Nichtbeachtung dieser Bestimmung mit Strafe bedrohen, hat nunmehr auch das Kammergericht gesprochen. Es handelte sich bekanntlich um eine Versammlung in Schöneberg, in der Zahn als Berichterstatter des „Vorwärts“ thätig war. Die Versammlung wurde aufgelöst, als sie beim Eintreten der Polizeistunde nicht geschlossen wurde. Zahn sollte sich dadurch vergangen haben, daß er sich nach der Auflösung nicht sofort entfernte. Er hatte sich noch einen Moment aufgehalten, um seine Notizen zu vervollständigen. Gegen das polizeiliche Strafmandat beantragte Zahn richterliche Entscheidung, und er hatte denn auch die Genugthuung, vom Schöffengericht freigesprochen zu werden. In der Berufungsinstantz wurde er jedoch zu einer Geldstrafe von 20 M. verurtheilt. Das Landgericht hielt aus Grund der Aussage des Polizeibeamten für erwiesen, daß sich der Angeklagte nach der Auflösung wieder hingeseht, sein Bier ausgetrunken und sich noch Notizen gemacht hätte. Gegenüber der Aussage des Beamten wurde auf Zahn's Behauptungen, daß er sich nicht hingeseht und überhaupt kein Bier gehabt hätte, nichts gegeben. Das Gericht war der Meinung, er hätte sich sofort entfernen müssen, gleichgiltig, ob die Auflösung der Versammlung berechtigt oder nicht berechtigt gewesen sei. In der Revision betont Zahn neben seinen früheren Behauptungen, daß er gar kein Bier getrunken habe und daß, weil mehrere hundert Personen in der Versammlung waren, er sich nicht sofort hätte entfernen können. Dann bemängelte er auch in dem gestrigen Termin vor dem Strafenat des Kammergerichts das Verhalten des Vorsitzenden der Strafkammer des Landgerichts während der Berufungsverhandlung; derselbe hätte ihn nicht genügend zu Worte kommen lassen. Die Revision wurde jedoch mit der Begründung zurückgewiesen, daß das landgerichtliche Urtheil ohne Rechtsirrtum auf die maßgebenden, thatsächlichen Feststellungen gestützt sei. Was den Einwand gegen die Geschäftsführung des Vorsitzenden angehe, so sei jene Frage prozessualer Art und nach § 380 der Strafprozeßordnung in der Revision unzulässig.

In der Klagesache der Deutschen Gasglühlicht-Aktiengesellschaft gegen 12 hiesige Firmen, welche Glühlichtkörper fabriziren, stand gestern vor der 4. Zivilkammer unter Vorsitz des Landrichters Thinius Termin zur Urtheilsverkündung an. Der Klageantrag der Gasglühlicht-Gesellschaft ging dahin: den betr. Firmen unter Androhung einer Strafe von 1000 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung zu unterlagen, solche Glühkörper für Incandeszenzleuchten gewerbsmäßig herzustellen, in Verthe zu bringen, sie zu halten oder zu gebrauchen, welche durch Imprägnirung röhrenförmiger Gewebe mit Hilfe der Nitate oder Sulfate oder äquivalenter Verbindungen von Thoroyd in geringer Beimengung von Ceroyd gewonnen sind mit oder ohne Magnesia. — Gegen die Firma Siemens u. Co. wurde gestern nach diesem Klageantrage ein Verfallsurtheil gefällt und letzteres gegen Sicherheitsleistung von 25 000 M. für vorläufig vollstreckbar erklärt. — Bezüglich der übrigen Beklagten wurde beschloffen, durch Vernehmung der chemischen Sachverständigen Geh. Rath Dr. Fresenius und Dr. Finke in Wiesbaden sowie der Professoren Kammeberg und Pandolf Beweise darüber zu erheben: 1. ob Thoroyd im Sinne der chemischen Erkenntniß und Darstellung vom Jahre 1886, insonder-

elt nach dem Stande der chemischen Wissenschaft am 20. Oktober 1886 im Durchschnitt der Fälle völlig frei von Cer ist (Behauptung der Bellagien) oder ob Thoropyd regelmäßig Verwischung von Cer hat (Behauptung der Klager); 2. ob das gewöhnliche reine Thoropyd, wie es 1886 verstanden wurde, überhaupt keine brauchbaren Glühkörper liefert.

Vermischtes.

Aus Kiel wird berichtet: Das Kanalamt theilt mit: Der Dampfer „Johann Stern“ ist gehoben und geht bis spätestens Dienstag von der Unfallstelle weg. Die Passage für Schiffe bis 5 Meter Tiefgang ist schon jetzt frei und ist vom Dienstag ab für alle Schiffe frei wie vor dem Unfall.

Die Frau muß hinaus ins feindliche Leben. In Guben ereignete es sich bei dem Gewerbeschützen, daß Schlossermeister Winkler mit 52 Jirkeln den ersten, Frau Gastwirth Kriatowka mit 51 Jirkeln den zweiten Preis und Frau Wäckermeister Dabowit mit 50 Jirkeln den dritten Preis erhielt.

Das Unglück des alten Marschalls Bazaine scheint auch seine Nachkommen schwer zu verfolgen. Seine Söhne, die infolge gänzlicher Mittellosigkeit Kriegsdienste in der spanischen Armee genommen hatten und gegen die kubanischen Insurgenten kämpften, sind jetzt beide einem tödlichen Fieber erlegen.

Unwetter in Italien. Die aus Genua gemeldet wird, ist ein großer Theil der Landstraße Romwärts des Flusses Varalta durch die Ueberschwemmung zerstört. In Paesano ist die Brücke theilweise eingestürzt, in Sanfront wurden Brücken beschädigt, in Castelgrotto sind die Wohngebäude gefährdet. — In Messina geht seit einigen Tagen harter Regen mit Gewitter nieder, eine Person wurde vom Blitz erschlagen, ein Blitzschlag traf die Annunziatenkirche. Auch auf dem Lande richteten Regen und Gewitter große Verwüstungen an.

Der Po ist aus seinen Ufern getreten und hat zwischen Clafforda und Saluzzo großen Schaden angerichtet.

Eine entsetzliche Explosion hat sich in Bulawayo (Matabili-land) zugetragen. Nach einem uns vorliegenden Telegramm lag dort ein Pulvermagazin in die Luft. Etwa 25 Personen wurden getödtet, darunter fünf Weiber, viele wurden schwer verwundet. Von den nahen Felsen wurden gewaltige Blöcke losgerissen. Die Häuser der Stadt wurden stark erschüttert. Die Straßen sind mit Trümmern angefüllt. Die ganze Bevölkerung nimmt sich der Verwundeten an. Das Stadtgefängniß und das Rathhaus wurden zu Krankenhäusern eingerichtet.

Die Pest in Indien. Der Vizeroi von Indien hat nach London telegraphisch gemeldet, daß es sich bei den gemeldeten Krankheitsfällen um die wirkliche Peulenpest handelt, doch sei der Charakter der Krankheit ein milder. In dem Distrikt Mandvi kommen etwa 11 Todesfälle täglich vor.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend von 7 1/2 - 8 1/2 Uhr abends statt.

Wilhelmstadt. Die Angelegenheit der Pilsener Brauerei ist schon vor einigen Tagen von uns erörtert worden.

J. G. 116. Wir können medizinische Fragen nicht behandeln.

R. Schön-m. Wir können Ihre Einsendung nicht publizieren, lautet doch im § 9, 1 Abs. 2 des Organisationsstatuts unserer Partei: „Inwieweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.“

Delegirte. Billets können von 5-8 Uhr abends abgeholt werden.

Fünf Streikende. Fragen Sie beim Regiment an.

Arbeiter-Vereinigungskasse. In den Monaten April-September gingen ein: L. in 2. 100.—. Zellerfassung im Böhm. Brauhaus (Bierbrennerei) 20,50. IV. Bahlr. 100.—. Geselliger Verein „Vaterlichkeit“ 5.—. Chemalige „Freie Volksbühne“ 40,65 und der Rest der Bibliothek. Krüger — 20. L. in 2. 100.—. „Zweitacht“, Schöneberg-Friedenau, 8,78. Doehom durch Pfau 1.—. Buchdrucker M. 3.—. Adler — 25. Dr. M. 1.—. Summa 890,08. Den Gebern Dank. (Beiträge zur Bibliothek werden bereitwillig entgegen genommen.) Der Vorstand. J. K. : S. König, Kassier, Diefenbachstr. 80.

Witterungsübersicht vom 5. Oktober 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduziert auf Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Stark 1-12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (0°C = 32°F)
Schwetzingen	751	S	5	halb bedeckt	12
Hamburg	749	WSW	5	wolkig	11
Berlin	752	SE	5	wolkig	13
Biesbaden	753	SW	2	Regen	15
München	758	W	1	wolklos	10
Wien	758	Stil	—	Nebel	11
Paparanda	763	Stil	—	wolklos	5
Petersburg	762	SSW	1	bedeckt	7
Coit	758	WSW	5	halb bedeckt	6
Aberdeen	736	SW	5	halb bedeckt	6
Paris	757	SW	8	wolkig	9

Weiter-Prognose für Dienstag, den 6. Oktober 1896.
Zeitweise heiter, vorherrschend wolkig, mit etwas Regen und frischen südwestlichen Winden; Temperatur wenig verändert. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 6. Oktober.
Opernhaus. Das Heimchen am Herd.
Neues Opern-Theater. (Kroll.) Geschlossen.
Schauspielhaus. Graf Effert.
Deutsches Theater. Moritur.
Berliner Theater. Die offizielle Frau.
Festung-Theater. College Crampton.
Theater des Westens. Tausend und eine Nacht.
Neues Theater. Juana. Vorher: Sühnen Ribadier.
Chalia-Theater. Gebildete Menschen.
Kesidens-Theater. Der Stellvertreter. Vorher: Ninette im Schnee.
Theater Unter den Linden. Die Achtaube.
Schiller-Theater. Ein Schritt vom Wege.
Zentral-Theater. Eine wilde Sache.
Ostend-Theater. Der deutsche Michel.
Selle - Alliance - Theater. 'n tolles Mädel. Jochen Pösel.
Volks-Theater. Ein vorsichtiger Mann. Bladderдах.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Die Käthchen von Heilbronn.
Alexanderplatz-Theater. Ohne sittlichen Halt.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater. (Wallner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr: Ein Schritt vom Wege.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Zum ersten Male: Der Sohn der Wildniß.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater
Chausseestr. 25/26. Dir. Max Samst.
Das Käthchen von Heilbronn
oder:
Das heimliche Gericht.
Romantisches Nitterchauspiel in 5 Akten von J. v. Kleist.
Mittwoch: Das Käthchen von Heilbronn oder: Das heimliche Gericht.
Sonntag, den 11. Oktober, nachm. 3 Uhr, Klaffter-Vorstellung: Othello.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Direktion: Richard Schultz.
Dienstag, den 6. Oktober:
Emil Thomas a. G.
Eduard Steinberger a. G.
Zum 17. Male:
Eine wilde Sache.
Große variéte Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von W. Mannstadt und J. Freund. Musik von J. Gindshofer.
Anfang 7, 8 Uhr.
Morgen: Eine wilde Sache.

Vogler's Casino
fr. Weltrestaurant, Dresdenstr. 97
Im vorderen Saal:
Tyroler Concert
Entree vollständig frei!
Im ersten Theatersaal die unübertreffl. **Hamburger Sängere.**
Im zweiten Theatersaal:
Variété u. Spezialitäten-Theater.
Auffreten v. Kunstkräften I. Ranges. Aufführung v. Posen u. Singspielen. Auf. Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 Uhr. **Gilards.** 4 neue Regalbahnen. Sorgf. gepf. Bier, anerk. gute Küche.

Nur noch 14 Tage
Bolossy Kiralfy's „Orient“
Olympia
Riesentheater.

Urania.
Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte Invalidenstr. 57-62
täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab.
Eintritt 50 Pf.
Im Theater-Saal täglich 8 Uhr abends Vorträge mit Experimenten und großen Lichtbildern ausgestattet. Näheres die Tagesanschlüge.

Passage-Panopticum.
Nur noch kurze Zeit.

42 wilde Weiber
aus Dahomey.

Castan's Panopticum
Neu! Die wunderbaren indischen Pygmäen
Neu! Ur-Australier
Neu! (Kannibalen)

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. — Dir.: J. Glück.
Signor Bernardi
„Il Camaleonte“.
Mlle. Fougère
die Unübertreffliche.
Ducreux und Giraldic.
Robert Steidl. 7 Troubadours
u. f. w. u. f. w. u. f. w.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Alt-Berlin.
Bei günstiger Witterung nachmittags 3, 4 und 5 Uhr:
3 große historische Umzüge
1 altddeutsches Musikkorps
1 Elite-Kapelle
Süddeutscher Sängerkorps „Alomania“
8 Damen u. 8 Herren in schwäbisch. Kostüm.
Eintritt: 25 Pfg.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Täglich: **Konzert, Theater-Vorstellung.**
Austr. von Spezialitäten.
Künstler I. Ranges.
Karlheinz Cante.
Schwanz in 1 Akt von Schmaffol.
Neu! Neu! Neu!
Berliner Konfektionieren.
Burleske mit Gesang und Tanz in 1 Akt von Gercke. Musik v. Schmidt.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag nach d. Vorstellung **Tanzkränzchen.**
A. Fikler's Restaurant, Simeonstr. 23, gr. sep. Vereinszimmer frei.

Nur noch 14 Tage
Bolossy Kiralfy's „Orient“
Olympia
Riesentheater.

Chalia-Theater
(vormals: Adolph Ernst-Theater)
Dresdenerstr. 72/73.
Direktion: W. Hasemann, Königl. preuß. Kommissionsrath.

Gebildete Menschen.
Wiener Volkstheater in 3 Akten von Viktor Schön.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Ostend-Theater.
Grosse Frankfurterstr. 132.
Direktion: Karl Weiss.
Der deutsche Michel.
Volkstheater mit Gesang in 4 Akten von R. Kneisel.
Anfang 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 8 Uhr.

Alexanderplatz-Theater.
Pikante Novität!
Ohne sittlichen Halt.
Anfang 8 Uhr.
Sittenbild aus dem Berliner Leben in 4 Aufzügen. (Wond haben Wirklichkeit.)
Morgen: Ohne sittlichen Halt.
Sonntag, 11. Oktober, nachm. 4 Uhr: **Eisgleit dich' dich, Esel freck' dich, Hümpel aus dem Sack.**
Zaubermärchen mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Eugen Prudenz.

Spezial-Ausstellung KAIRO
Von 7 Uhr nachmitt. ohne Gewerbe-Ausstellungs-Billet zugänglich.
Kasseneröffnung 10 Uhr vorm.
Um 5 u. 8 Uhr nachmittags in der Arena:
Hochinteressante Massenschaustellungen von 400 Beduinen, Arabern, Fellachen etc. mit Pferden, Dromedaren, Eseln etc.
Die berühmten Reiter-Fantasia's d. Beduinen. Konzert von 5 Kapellen.
Entrée 50 Pf.
Kinder unter 12 Jahren die Hälfte.
Illuminationsabend j. Freitag.
Entrée ab 5 Uhr nachm. 1 Mark.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Täglich: **Konzert, Theater-Vorstellung.**
Austr. von Spezialitäten.
Künstler I. Ranges.
Karlheinz Cante.
Schwanz in 1 Akt von Schmaffol.
Neu! Neu! Neu!
Berliner Konfektionieren.
Burleske mit Gesang und Tanz in 1 Akt von Gercke. Musik v. Schmidt.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag nach d. Vorstellung **Tanzkränzchen.**
A. Fikler's Restaurant, Simeonstr. 23, gr. sep. Vereinszimmer frei.

Nur noch 14 Tage
Bolossy Kiralfy's „Orient“
Olympia
Riesentheater.

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.

Das neue Riesen-
Oktober-Programm
sehen! **40 Stunden!**
Künstler ersten Ranges.
Auf vielseitigen Wunsch:
Verlängertes Sackspiel
der urdrasischen Pantomime
Im Reich der Schatten.
Anfang 7 1/2 Uhr. — Entrée 80 Pf.

Volks-Theater
34 Reichenbergerstrasse 34
Haltestelle der Pferdebahnen:
Kottbuser Thor.
Berliner Possen-Cyclus No. 1
Ein vorsichtiger Mann!
Poffe mit Gesang in 3 Bildern von G. v. Moser u. Ed. Jacobson. Musik v. H. Dial. Regie: August Reiff.
Hierauf:
Variété fremder Künstler.
Zum Schluß:
Pladderadantz.
Berliner Nachbilde in Wort und Bild von Oscar Wagner.
I. Serie: Berl. Gewerbe-Ausstellung.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Preise der Plätze 75 Pf. bis 3 M.

Halbe Menschen
und 20 Elite-Nummern
Sensations-Programm.

Alcazar.
Variété und Spezialitäten-Theater I. Ranges.
Dresdenerstrasse No. 52/53. City-Passage
Das Riesen-Oktoberprogramm enthaltend 14 Sensationsnummern
Li-Hung-Chang!
Das Neueste vom Neuen!
Margarethe Nasarowska.
Josephine von der Heilarmee.
Miss Ara. The two Gomez.
Lotte Sieger. 3 Bollini.
Adelaide und Erich u. f. w.
Wochentags 8 Uhr.
Anfang: Sonntags 6 Uhr.
Entrée 30 Pf.
R. Winkler.

Köpenick.
Den Vereinen und Gesellschaften halte mein Lokal mit Saal bestens empfohlen.
E. Paulick, 56268*
Schönerfunder- u. Grünauerstr.-Ecke.

Nur noch 14 Tage
Bolossy Kiralfy's „Orient“
Olympia
Riesentheater.

Circus Busch
(Bahnhof Börse.)
Dienstag, 6. Oktober 1896:
Abends 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.

Dir. Busch als Schutzeiter auf dem engl. Vollbluthengst Favorit. 4 arab. Schimmelhengste, vorgeführt von Dir. Busch. Berliner Typen in Schaustückeln. Wellington, russ. Hengst, ger. v. Herrn Salamonski. Die Troika, dress. u. ger. v. Herrn Footitt-Burghardt. **Wish Blass**, Sensationell: Der Ausschweifung zur Decke an den Zähnen. Spezialitäten I. Ranges. Vorigl. Krowns.
Sensationeller Erfolg!
Millennium, Bilder a. Ungarn.
Morgen: Millennium.

Böhmisches Brauhaus
Landsberger Allee.
Heute sowie jed. Dienstag:
Stettiner Sänger
(Moysel, Pletro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.)

Anfang präz. 8 Uhr. Entrée 50 Pf. Im Vorverkauf Billets à 40 Pf. in den Zigarrenhandlungen der Herren Neumann & Köhler (Landsberger Platz).
Erilantes Programm!
Unter anderem, neu:
Singpieper's Tanz-Institut.
Mittwoch: Moabiter Stadttheater.

NEU! Oswald Nier's Monstre-Weinfest.
Eintritt frei!
Mache die Parteilgenossen u. Freunde auf meinen Milch-, Sackwaren- u. Genossenschaftsbrot-Verkauf aufmerksam. H. Scholz, Duffenstr. 31.
Saur kauft Reich, Wienerstr. 18.

Schmiedel's Festsäle,
Alte Jakobstr. 32, neben Centraltheater.
Ich empfehle meine eleganten Festsäle zur Abhaltung jeder Festlichkeiten, Kommerse, Versammlungen etc.
5594L* **Mus. G. Schmiedel.**

H. Ebert's Festsäle,
72. Kommandantenstr. 72.
Empfehle meine Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen etc.
Habe noch einige Sonnabende im Oktober und November frei.
Jeden Sonntag: Ball.

Mühlenstr. Nr. 8,
nahe Oberbaum, sind vom 1. Oktober eine Wohnung von 2 Stuben u. Küche und eine Wohnung von 1 Stube u. Küche billig zu vermieten. 5595L* **Der Verwalter.**

Gerichts-Beilage.

Zahlreiche Gynäkologen, Professoren und Aerzte, füllten gestern den Sitzungssaal Nr. 80 der ersten Strafkammer am Landgericht, theils als Sachverständige und Zeugen, theils als Richter. Auf der Anklagebank stand der praktische Arzt Dr. Franz van Vagades aus Spandau unter der Beschuldigung, durch Fahrlässigkeit in Ausübung seines ärztlichen Berufes am 8. April 1895 den Tod der verheirateten Frau Tischler Stiebert veranlaßt zu haben. Der Thatsache, welcher der Anklage zu Grunde liegt, ist kurz folgender: Frau Stiebert hatte eine Fehlgeburt gemacht und war in die Behandlung des Angeschuldigten gekommen, welcher einen operativen Eingriff für erforderlich hielt, wobei er nach Ansicht der Anklagebehörde zu energisch vorgegangen sein muß, denn die Patientin starb ihm gewissermaßen unter den Händen an Verblutung. Es wird nun von Seiten der Staatsanwaltschaft behauptet, daß nach sachverständigem Gutachten unter den gegebenen Umständen der operative Eingriff gar nicht erforderlich war und wenn, daß der Angeschuldigte dabei nicht mit der genügenden fachmännischen Sorgfalt zu Werke gegangen sei. Diese Frage ließ sich lediglich durch die medizinischen Sachverständigen entscheiden, die schon in einer früheren Verhandlung im Januar d. J. mit ihren Ansichten scharf aneinander gerieten. Während Kreisphysikus Dr. Meißner den Angeschuldigten für den unglücklichen Ausgang der Operation allein verantwortlich machte, führte Professor Dr. Landau die Hauptschuld auf den heutigen Stand der Wissenschaft und die mangelhafte praktische Ausbildung der Studenten an der Universität zurück. Operative Eingriffe in den inneren Menschen, wie der in Rede stehende, werden den jungen Medizinern überhaupt nicht praktisch gelehrt, ihre Erfahrungen müßten dieselben erst von ihren späteren Patienten sammeln. Zudem hänge auch die Wissenschaft vielfach von der Mode ab. Gegenwärtig mache sich eine Schule breit, welche den früheren obwaltenden Standpunkt verlassen hat und eine Behandlung lehre, die er als brutal bezeichnen müsse und die daher auch zu brutalen Konsequenzen führe. Der Angeschuldigte scheine dieser modernen Schule anzugehören, alldam sei aber die Vorstube nicht das Opfer der Fahrlässigkeit des Angeschuldigten, sondern das Opfer der modernen medizinischen Richtung geworden. Bei den durchaus verschiedenen Gutachten mehrerer Sachverständigen von Aus hielt es der Gerichtshof in der früheren Verhandlung für angebracht, ein schriftliches Gutachten des Professor Dr. Landau einzuordnen und alldam ein Obergutachten des königlichen Medizinalkollegiums einzubringen. Dieses Gutachten ist inzwischen eingegangen und das Medizinalkollegium ließ sich heute durch den Gefängnisarzt Medizinalrath Dr. Menger vertreten. Aus Gründen, die unerörtert blieben, wurde im Interesse der guten Sitten die Öffentlichkeit für die Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Wie aus der öffentlichen Publikation des Urtheils hervorgeht, hat das Medizinalkollegium und dessen Vertreter, Medizinalrath Dr. Menger sich zwar nicht ganz auf den Standpunkt des Professor Dr. Landau gestellt, sich aber diesem Standpunkte soweit genähert, daß der Gerichtshof die Freisprechung des Angeschuldigten für geboten hielt und demgemäß erkannte.

Der erste Senat des Ober-Verwaltungsgerichts hat eine Entscheidung gefällt, die das Gemeindegewaltrecht der meisten Seeküste als recht fragwürdig erscheinen läßt. In der hollsteinischen Gemeinde Dudenhuden wurde am 9. Juni 1895 der Privatier Glashoff mit 6 von 11 abgegebenen Stimmen in der zweiten Klasse zum Gemeindevertreter gewählt. Der Gemeinderath erklärte jedoch, veranlaßt durch einen Einspruch, die Wahl für ungültig. Der Beschluß wurde u. a. damit begründet, daß der Schiffsführer Weermann, dessen durch einen Bevollmächtigten abgegebene Stimme den Glashoff erst die erforderliche Majorität gebracht habe, sich als Einwohner der Gemeinde bei der Wahl nicht hätte vertreten lassen dürfen. Der Gewählte und ein anderer Einwohner des Ortes erhoben gegen die Gemeindevertretung beim Kreisaußschuß die Klage auf Aufhebung jenes Beschlusses, indes ohne Erfolg. Die Berufung beim Bezirksaußschuß wurde ebenfalls abgewiesen. Das Bezirksgericht erklärte die übrigen Bedenken gegen die Wahl, die hier nicht interessieren, für nichtig; es war aber der Meinung, daß der Schiffer Weermann nicht berechtigt gewesen sei, sich vertreten zu lassen, selbst wenn er zur Zeit der Wahl sich auf See befunden habe. So lange er sich auf dem Schiffe befand, sei dies nicht etwa als seine Wohnung in dem Sinne zu betrachten, daß er für die betreffende Zeit als auswärtig wohnender Wahlberechtigter, für den die Vertretung zulässig sei, gelten könnte. Glashoff legte nunmehr Revision ein, die er persönlich in dem zur mündlichen Verhandlung anberaumten Termin vor dem Ober-Verwaltungsgericht vertrat. Er hob hervor, daß ja alle die Schiffer, welche in den Gemeinden an der Küste wohnen, vom Wahlrecht ausgeschlossen sein würden, wenn die Entscheidung des Bezirksaußschusses nicht aufgehoben werde. Das Ober-Verwaltungsgericht erkannte aber dennoch zu Ungunsten des Klägers. Der Vorsitzende Perkins begründete die Entscheidung mit einem Hinweis auf die Landgemeinde-Ordnung, deren Bestimmungen maßgebend seien. Es sei darin kein Paragraf enthalten, aus dem ein Schiffer das Recht herleiten könne, sich bei der Gemeindevertreter-Wahl im Orte, wo er seinen Wohnsitz habe, durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen.

Ober-Verwaltungsgericht. In Bruchköbel bei Danau besteht ein „Sozialdemokratischer Verein“, der in der Hauptsache die Förderung des Arbeiterthums und die Pflege geistiger Bildung durch Vorträge etc. bezweckt, zugleich aber auch die Geselligkeit pflegen will. Mitglied kann ein jeder werden, der den Anforderungen des § 8 des Vereinsgesetzes entspricht und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist. Das Einschreibegeld beträgt 10 Pf. und der Wochenbeitrag 5 Pf. Der Vorstand dieses Vereins hatte von dem Diamantkneifer und Glasbleichhändler Schreiner zwei Vorderräume in dessen Hause für Vereinszwecke gemiethet; er mußte sich in dem Miethevertrage verpflichten, dafür zu sorgen, daß das in jenen Räumen von den Vereinsmitgliedern getrunkenes Bier von Schreiner entnommen werde. Demgemäß wurde denn auch bei den täglichen Zusammenkünften in dem Vereinslokal verfahren. Am 28. April 1894 erging nun an den Vorstand des Vereins eine ortspolizeiliche Verfügung, durch die die Schließung der Räume für Vereinszwecke angeordnet wurde. Die Polizei schloß aus der Thatsache, daß auch andere Leute als Vereinsmitglieder dort verkehrten und Getränke erhielten, daß Schreiner den Flaschenvertrieb dazu benutze, in dem Lokal einen nichtkonzessionirten Schankbetrieb anzuknüpfen. Wegen die Behörde wurde Klage erhoben mit dem Antrage, die Verfügung für unbegründet zu erklären. Der Kreisaußschuß in Danau und der Bezirksaußschuß in Kassel lehnten aber den Antrag ab. Wegen das Urtheil des Bezirksgerichts wurde Revision eingelegt, die Rechtsanwält Leberrecht in Termin vor dem 3. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts am 1. Oktober vertrat. Der Senat hob die Vorentscheidungen auf und verwurtheilte die Ortspolizeibehörde von Bruchköbel dazu, jene Verfügung vom April 1894 außer Kraft zu setzen. Zur Begründung führte der Vorsitzende Kommerl aus: Das Gericht

habe bei seiner Entscheidung die meisten der während des Prozesses hervorgeführten oder berührten Rechtsfragen unberücksichtigt lassen können. Denn es sei der auch vom Anwalt geltend gemachte Grund durchgreifend, daß die Polizeibehörde auf jeden Fall über Ziel hinausgeschossen habe. Selbst wenn sie Grund gehabt hätte, gegen den Bierverkauf an Nichtmitglieder einzuschreiten, hätte sie doch nicht das Vereinslokal schließen und für die Vereinsmitglieder unzugänglich machen dürfen.

Die Bäckerei-Verordnung des Bundesraths hat nunmehr die erstinstanzliche gerichtliche Anerkennung gefunden. Die Frage der Rechtsgiltigkeit der Verordnung zur gerichtlichen Entscheidung zu bringen, hatte sich bekanntlich der Bäckereimeister König hier, im Interesse der Berliner Bäckereimeister erboten. Infolge einer von ihm selbst veranlaßten Denunziation wegen Uebertretung der Bestimmungen der Bundesraths-Verordnung ist vor dem Schöffengerichte gegen König verhandelt worden. Interessant ist die Begründung des Urtheils, welche im wesentlichen folgendes besagt: Positive Bestimmungen über das Prüfungsrecht der Gerichte gegenüber Verordnungen des Bundesraths gebe es nicht. Wenn man aber erwäge, wie die hier fragliche Bundesraths-Verordnung zu Stande gekommen sei, daß eine besondere Untersuchungs-Kommission lange, vielseitige und schwierige Ermittlungen angestellt habe, die dem Bundesrath zur Unterlage für die Verordnung gedient hätten; wenn man ferner erwäge, daß Untersuchungen, wie die über das Vorhandensein der Bedingungen, unter denen der Bundesrath durch § 120a der Gewerbe-Ordnung zum Erlass einer Maximal-Arbeitsverordnung ermächtigt sei, nur im weitesten Rahmen der Diskussion angestellt werden könnten, so sei nicht anzunehmen, daß der Gesetzgeber bei Erlass des § 120a der Gewerbe-Ordnung, wenn er den Bundesrath zu der Prüfung ermächtigt habe, ob in einzelnen Gewerben die Arbeitsdauer eine übermäßige sei und ob die Gesundheit durch das Uebermaß gefährdet werde, dem Richter das Recht und die Pflicht zur Nachprüfung übertragen wollte. Es komme hinzu, daß in dieser wie ähnlichen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, die eine nähere Regulirung der Arbeitsverhältnisse behördlichen Anordnungen überlassen, doch offenbar vom Gesetzgeber der Erlass dieser Anordnungen dem eigenen besten Ermessen der betreffenden Behörde anheimgestellt sei. Aus diesen Gründen halte das Gericht die Bundesraths-Verordnung für rechtsgiltig. Wegen Uebertretung derselben sei der Angeschuldigte zu bestrafen. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeschuldigte als Vertreter seiner Berufsgenossen daselbst, sei auf eine Geldstrafe von nur 10 M. erkannt worden. — Gegen dieses Urtheil ist Berufung eingelegt worden; die Angelegenheit soll erforderlichenfalls aus prinzipiellen Gründen durch alle Instanzen verfolgt werden.

Polnisches. Ein Strafverfahren, dessen Ausgang die Polen Oberchlesiens mit großem Interesse entgegenzusehen, ist jetzt vom Kammergericht erledigt worden. Der Vorsitzende des Vereins oberchlesischer Gewerbetreibender für Kattowitz und Umgegend, Herr Lewandowsky, hatte vor einiger Zeit ein neu eingetretenes Mitglied des Vereins bei der Polizeiverwaltung angemeldet, sich aber geweigert, nähere Angaben über die Verhältnisse des Mannes, über die Art seiner Beschäftigung und ähnliches, zu machen. Zugleich gab Herr Lewandowsky die Erklärung ab, daß er in Zukunft überhaupt nicht mehr die Mitglieder anmelden werde, weil der Verein keine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke. Demnach erhielt er nun ein Strafmandat von der Polizei, die damit ihre gegenbärtige Auffassung kundgab. Es wurde ihm vorgeworfen, den § 2 des Vereinsgesetzes übertreten zu haben. Dieser verlangt nicht nur von den Vorstehern der Vereine, welche auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezwecken, die Einreichung des Mitgliederverzeichnisses an die Behörde, sondern bestimmt auch, daß von jeder Aenderung im Mitgliederbestande Anzeige zu machen ist und daß der Vereinsvorsitzende auf Erfordern der Polizei jede voraus bezügliche Auskunft zu ertheilen hat. Die von E. beantragte gerichtliche Entscheidung fiel ungünstig aus, er wurde vom Schöffengericht zu 100 M. verurtheilt und das Landgericht verwarf seine Berufung. Den Einwand, daß der Verein dem Zwecke der Belehrung diene, erklärte das Landgericht für nicht stichhaltig. Es stellte fest, daß öfter Zeitungsartikel in den Versammlungen des Vereins vorgelesen wurden und daß auch einmal in einer Versammlung ein großpolnischer Agitator das Wort genommen hatte. Besonders Gewicht legte aber die Strafkammer auf die Thatsache, daß polnische Lieder im Verein gesungen worden sind, daß speziell Lewandowsky im Verkehr mit polnischen Agitatoren stehe. Durch den Gesang der Lieder hätten sich die Mitglieder in bewußten Gegensatz zum Deutschthum bringen wollen. Hierin sei aber eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten zu sehen und aus den anderen festgestellten Thatsachen müsse auf eine solche geschlossen werden. Das Kammergericht hat nunmehr am 28. September die Revision gegen dies Urtheil zurückgewiesen, indem es ausführte, der Vorbericht habe ohne Rechtsirrtum festgestellt, daß der Verein ein politischer sei, da sein Hauptzweck darin bestehe, die Mitglieder zum Deutschthum in Gegensatz zu bringen.

Der bekannte Kaffeekrieg, den das Polizeipräsidium gegen diejenigen Händler führt, die „glasierten“ Kaffee verkaufen, ohne ihn als solchen zu bezeichnen, führt immer neue Kaffeehändler in die Schlachtröhre. Kürzlich fanden der Kaufmann Franz Flügelmacher und der Kaufmann Emil Diefse (Firma Werkmeister u. Diefse) wegen Vergehens gegen § 10 des Nahrungsmittelgesetzes vor dem hiesigen Schöffengericht. Der Bäckereimeister Ronge hatte von dem ersten Angeschuldigten Kaffee zum Preise von 1,20 M. pro Pfund gekauft, ohne daß ihm bei dem Kaufe gesagt worden war, daß der vom zweiten Angeschuldigten gelieferte Kaffee mit Eiweiß und Zucker im Verhältnis von 1 vom Hundert glasiert war. Die Angeschuldigten vertraten wieder den schon in anderen gleichartigen Prozessen behaupteten Standpunkt, daß ein Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz nicht vorliegen könne, da durch das Glasiren der Kaffee selbst verbessert, da sein Aroma erhalten wird, und da ferner eine Täuschung des Publikums nicht stattfindet, weil jede Hausfrau und jede Köchin sofort sieht, ob ein Kaffee glasiert ist oder nicht. Gerichtschreiber Dr. Wischoff hielt auch in diesem Falle an seiner Ansicht fest, daß nach dem Nahrungsmittel-Gesetz jede Veränderung eines Nahrungsmittels gegenüber seinem natürlichen Zustande zu deklariren ist, ganz gleichgiltig, ob eine Verbesserung vorliegt oder nicht. Gerichtschreiber Dr. Wein wollte dagegen eine solche Deklarationspflicht erst als gegeben erachten, wenn die Glasirmenge etwa 3 v. H. betragen würde. Im übrigen erklärte dieser Sachverständige die Glasur nach der Hansen'schen (Hamburger) Methode unbedingt für eine Verbesserung des Kaffees. Der Staatsanwalt beantragte je 15 M. Geldstrafe gegen die Angeschuldigten, der Gerichtshof sprach letztere jedoch frei, indem er sich den Anschauungen des zweiten Sachverständigen anschloß.

Eine für Wirthe beachtenswerthe Entscheidung fällt das Schöffengericht in Hildesheim. Der Gastwirth H. Kille in Morihberg hatte von dem Landrothe des Kreises Marienburg ein Strafmandat in Höhe von 5 M. erhalten, weil er in der Nacht vom 11. zum 12. Juli d. J. morgens 8 1/2 Uhr, in seiner Wirthschaft Gästen Getränke verabreicht hatte und dadurch die

Polizeistunde überschritten haben sollte. K. hatte gegen das Strafmandat Widerspruch erhoben und gerichtliche Entscheidung beantragt. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, weil die Angabe des L., daß er sein Lokal erst bei Anbruch der Dämmerung von neuem geöffnet habe, nicht widerlegt werden konnte und die Zeit um 3 1/4 Uhr morgens im Juli bereits als Beginn des neuen Tages zu betrachten sei.

Versammlungen.

Die Barbier-, Friseur- und Perrückenmachergehilfen hatten am 24. September eine öffentliche Versammlung anberaumt, in der Klosterrath über das Thema: Die Arbeitsnachweise unseres Gewerbes in Berlin referirte. Redner schilderte die Mißstände des Innungs-Arbeitsnachweises und wies an einigen Beispielen nach, daß die gewerbmäßige Stellenvermittlung auch im Barbier- und Friseurgewerbe Eingang gehalten hat. Neben verschiedenen Gastwirthen, die diese Vermittlung im Interesse ihres Gewerbes treiben, seien es in Berlin besonders der Barbier Steczniowski und der Vorsteher des Arbeitsnachweises der Perrückenmacherinnung Lewin. In der Diskussion gingen Simon und Ehlorn näher auf die Bedeutung der Arbeitsnachweise ein und gelangte sodann eine Resolution zur Annahme, in der die Gehilfen sich verpflichten, den Arbeitsnachweis ihrer Organisation zu benutzen. Sodann referirte Ehlorn über: Kontrolle der Sonntagsruhe-Bestimmungen. Leider sei es nur zu wahr — so bemerkte Redner, daß wie ein Delegirter zum letzten Barbierinnungskongress aus Oldenburg behauptete, die gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe in 99 von 100 Fällen von den Meistern nicht beachtet würden. Diese Erklärung auf dem von Regierungs-Vertretern besuchten Kongress leugnete die behördliche Kontrolle der zum Schutze für die in unserem Gewerbe beschäftigten Arbeiter eingeführten Bestimmung treffend; zugleich bedeute sie für die Gehilfen ein Faustschlag ins Gesicht, den sie nicht ruhig hinnehmen dürfe.

Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen kritisirte Redner besonders das Verhalten der Innungsmeister in der Frage der Sonntagsruhe. Von Leuten, die sich nicht schenen, junge Burschen im Alter von 14—18 Jahren 16 Stunden in dumpfer Stube oder Keller zu beschäftigen und die nun versuchen, diesen Leuten die paar Stunden Sonntagsruhe durch Beeinflussung auf die Gesetzgebung zu entreißen, könne die Gehilfenchaft nichts Gutes erwarten. Die neuerdings beim Reichstage zum vierten Male eingebrachte Petition erhalte bezeichnenderweise nicht von den Forderungen des Innungsvereines. Zunächst handele es sich für uns um genügende behördliche Ueberwachung der jetzigen Bestimmungen, und empfehle Redner die Wahl eines Vertrauensmannes, dem von allen Uebertretungen Mittheilung zu machen sei. Der Vertrauensmann möge dann mit Material ausgerüstet die geeigneten Schritte veranlassen. Durch Zirkulare müßten die Gehilfen von Zeit zu Zeit über die diesbezüglichen Gesetzesbestimmungen aufgeklärt und ihnen die Adresse des Vertrauensmannes zur Anbringung von Beschwerden mitgetheilt werden. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen sowie dem Vorschlage des Referenten einverstanden und wählte denselben zum Vertrauensmann.

Die Formenstecher, Tapetenrunder, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen hatten für Sonnabend eine Versammlung einberufen, um die Frage zu erörtern, ob es rathsam sei, in eine Lohnbewegung einzutreten. Wie Jädick in seinem einleitenden Referate hervorhob, habe man zu diesem Zwecke erst eine umfangreiche Statistik ausgenommen, weil die Arbeiter dieser beiden Kategorien durch die eigenthümlichen Arbeitsverhältnisse eine gewisse Sonderstellung einnehmen, so daß es unmöglich sei, mit den verwandten Berufen im graphischen Gewerbe gleichzeitig in eine Lohnbewegung einzutreten. Es habe sich deshalb gerade für die Formenstecher und Tapetenrunder die Nothwendigkeit herausgestellt, selbständig vorzugehen. Leider sei nur ein geringer Theil organisiert, so daß eine Lohnbewegung ausichtslos erscheine, weil man selber mit den Handindustriellen bei den Formenstechern und den Hilfsarbeitern in der Tapetenrunderie, die einen relativ günstigen Lohnsatz erhalten, wegen ihrer Abneigung gegen jede Lohnbewegung zu rechnen habe. Maschinenrunder und Arbeiterinnen sind dagegen weit schlechter bezahlt; erstere erhalten 12—24 M., letztere bis 9 M. Wochenlohn bei 56—57stündiger Arbeitszeit, während im übrigen Deutschland bis 60stündige Arbeitszeit herrscht bei fast den gleichen Lohnsätzen. Hinzu zu rechnen wären noch die Schwarz- und Linoleumrunder wie die Arbeiter in Holzdruckereien, die sehr schwer für die Bewegung zu gewinnen sind. Im ganzen lassen sich ca. 8150 Personen dieser Berufe in Deutschland und etwa 600 Formenstecher und Tapetenrunder nachweisen. Eine Verbindung mit dem Verband der graphischen Arbeiter Deutschlands würde jedenfalls eine regere Agitation herbeiführen. Aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen müsse man von einer Lohnbewegung absehen. Es entspinnt sich hierauf eine sehr ausgedehnte Diskussion. Sodann wurde der Antrag Weimer, für die Einleitung zur nächstjährigen Lohnbewegung eine dreigliedrige Kommission zu wählen, zurückgezogen, um die Wahlen in einer späteren Versammlung vorzunehmen. Schließlich erfolgte die Wahl eines Vertrauensmannes, mit welchem Ant Sträß betraut wurde. Auf Anregung Mäuren werden die aus Sammlungen vorhandenen 14 M. dem Streifons überwiefen, für welchen auch, wie Jädick zum Schluß noch hervorhebt, in Zukunft eifrig gesammelt werden soll, um im nächsten Jahre in eine Lohnbewegung eintreten zu können.

In einer Innungs-Versammlung der Steinmetzen, die am Sonntag im Englischen Garten tagte, berichtete der Gesellen-Außschuß über seine bisherige Thätigkeit. Nach den gemachten Ausführungen hat es sich der Außschuß angelegen sein lassen, gemeinsam mit den Vertrauenspersonen der Kollegen zu arbeiten, wodurch eine weitere Spezialisirung des Tarifs geschaffen und ein Zuschlag von 10 Pct. für bestimmte Stücke erreicht wurde. Durch die Einführung von Morgenprüfungen versuchte man mit den einzelnen Kollegen engere Fühlung zu bekommen, die theilweise recht fruchtbringend gewesen ist. Von dem Berichterstatter sowohl als auch von anderen Außschußmitgliedern wurde das Verhalten der Meister in den Sitzungen einer herben Kritik unterzogen. Es wurde angeführt, daß die Behandlung des Gesellen-Außschusses seitens der Meister eine unwürdige, nichtachtende sei, daß die von dem Außschuß vorgebrachten Beschwerden einfach ignoriert und auch alle anderen Fragen nicht in der nothwendigen Weise diskutiert werden, sodas die Verhandlungen fast immer resultatlos verlaufen. Die Frage wurde sodann aufgeworfen, ob es unter diesen Umständen überhaupt zweckmäßig sei, sich in Zukunft an den Wahlen des Außschusses zu betheiligen und mit der Innung weiter zu arbeiten. Nach einer längeren Diskussion, in der darauf hingewiesen wurde, daß durch die Nichtbetheiligung an der Wahl den Meistern Gelegenheit gegeben wird, sich ihre Wünsche selbst zu wählen und folgedessen auch eine andere Taktik betreffs der Innung eingeschlagen werden müsse, gelangte folgende Resolution zur Annahme: Die Innungsversammlung spricht den Meistern über ihre Mißbilligung aus und verspricht, den Außschuß in jeder Hinsicht zu unterstützen. Sollte in dem Verhalten der Meister

keine Aenderung eintreten, stellt es die Versammlung den Mitgliedern des Ausschusses anheim, ihr Amt niederzulegen. Die Versammlung beauftragt den Gewerkschaftsausschuss, die Resolution den Herrn Meistern vorzulegen und in einer später stattfindenden Versammlung Bericht zu erstatten, wie dieselbe aufgenommen wurde." — Hieraus wurden verschiedene Mißstände von mehreren Plätzen erörtert und dabei konstatiert, daß die Meister, die den Tarif anerkannt und mit ausgearbeitet haben, bereits wieder versuchen, denselben illusorisch zu machen. Diejenigen Arbeiter, welche sich auf den Tarif berufen, werden zurückgeschickt und gelegentlich entlassen, hingegen werden die gefügigen Elemente durch bessere Arbeit bevorzugt. Nachdem aufgefodert worden war, mehr Solidarität auf den Plätzen zu üben, von dem Beschwerderecht in geeigneter Weise Gebrauch zu machen und den Ausschuss an die Organisation zu bewirken, wurde beschloffen, die Bestimmungen des Tarifs hochzuhalten und der geplanten Aenderung der Arbeitszeit auf einigen Plätzen durch die Vermittelung des Ausschusses entgegenzutreten. Zum Schluß wurde von mehreren Rednern über die Behandlung der zugewiesenen Kollegen auf der Herberge von Ebersbach Beschwerde geführt und eine Regelung der Zustände für notwendig erachtet.

Die im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter hatten am Sonntag eine öffentliche Versammlung anberaumt mit der Tagesordnung: 1. Warum ist der Boykott über die Packerfahrt-Aktiengesellschaft aufgehoben worden? 2. Unsere fernere Stellung zur Gewerkschaftskommission. Der von Hoffmann vor Eintritt in die Tagesordnung gestellte Antrag: Die Versammlung wegen des schwachen Besuchs zu vertagen, und der von H. Schmidt: Die beiden obengenannten Punkte von der Tagesordnung abzusetzen, wurden abgelehnt. Hoffmann als Vertrauensmann theilt zunächst mit, daß der Ausschuss der Gewerkschaftskommission es abgelehnt habe, zu erscheinen, da ihm kein Recht zustehe, den Beschluß der Gewerkschaftskommission zu inhibieren. Hoffmann als Referent schildert nun in längeren Ausführungen die Ursachen des über die Packerfahrt verhängten Boykotts. Wenn man als Grund zur Aufhebung des Boykotts die angeblich unpünktliche Bestellung durch die „Verkehrsanstalt“ angeführt habe,

so sei eine gleiche unpünktliche Bestellung durch die Packerfahrt ebenfalls nachgewiesen. Das ganze wortwürdige Verhalten der Packerfahrt hätte die Gewerkschaftskommission veranlassen sollen, den Handels-Hilfsarbeitern gegenüber dieselbe Rücksicht zu nehmen, wie bei anderen Gewerkschaften. Redner schließt in der Erwartung, daß die Versammlung energisch dagegen protestieren werde. (Lebhafte Beifall.) Der Vertrauensmann Hoffmann referierte im Anschluß daran über die fernere Stellungnahme zur Gewerkschaftskommission. Redner ergänzt im wesentlichen die Ausführungen Schuhmann's und erwartet von der Versammlung, dieselbe möge beschließen: den Delegierten von der Gewerkschaftskommission zurückzugeben und keine weiteren Beiträge an die Kommission zu zahlen. Es entspinnt sich nun eine sehr ausgedehnte und lebhaft diskutierte, in der das Verhalten der Gewerkschaftskommission zum Theil vertheidigt, andererseits auch von mehreren Rednern heftige Angriffe gegen den Beschluß erhoben wurden. In seinem Schlußwort verlangt Hoffmann nochmals Annahme der ersten und Ablehnung einer inzwischen eingegangenen zweiten Resolution, in welcher der Gewerkschaftskommission und dem Ausschuss nur die Mißbilligung ausgesprochen wird. Bei der nunmehr erfolgten zweimaligen Abstimmung gelangt die erste Resolution mit einem Zusatzantrag wie folgt mit 60 gegen 22 Stimmen zur Annahme: „Die Versammlung der Handels-Hilfsarbeiter protestirt energisch gegen die Aufhebung des Boykotts über die Packerfahrt und erklärt diesen Beschluß einer Korporation von Klassenbewußten Arbeitern für nicht würdig. „Bis auf weiteres“ haben die Delegierten unserer Gewerkschaft zurückzutreten und die Handels-Hilfsarbeiter erklären, vom 1. Oktober 1896 ab keine finanziellen Verpflichtungen der Gewerkschaftskommission gegenüber mehr zu haben.“ Die weiteren Punkte wurden der sehr vorgeschrittenen Zeit wegen für eine nächste Versammlung zurückgestellt.

Abends. Am 26. September fand im Kaiserhof zu Köpenick eine Volksversammlung statt, welche sich zunächst mit dem Boykott über Wöllstein's Lustgarten beschäftigte. Nach einigen Worten über die Veranlassung des Boykotts theilte Genosse Hildebrand mit, daß Herr Wöllstein einen Kreis unterschrieben habe, in welchem er die Bedingungen der Arbeiterschaft

anerkennt, und stellte er den Antrag, den Boykott aufzuheben. In der Diskussion wurde besonders auf das Zreiben der Anarchisten hingewiesen, welche auch in diesem Falle zeigten, wie ihr ganzes Streben nur darauf hinausgeht, die Arbeiterbewegung zu schädigen. In der nun folgenden Abstimmung wurde der Boykott einstimmig aufgehoben. Hieraus hielt Dr. J. A. d. e. seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über Schulhygiene, in welchem Redner die Forderungen der Hygieniker in bezug auf die Schule auseinandersetzt, dabei aber festhielt, daß leider nur selten den einfachsten Ansprüchen der Schulhygiene Folge gegeben werde. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten und wurde auch die hiesigen Schulverhältnisse einer Aenderung für sehr nöthig befunden. Bitter theilte dann mit, daß er sein Amt als Gemeindevertreter niedergelegt habe. Michels stellte hierauf den Antrag, eine Kommission zu wählen, welche sich mit den hiesigen Schulverhältnissen beschäftigen sollte. Jedoch mußte wegen des Eintritts der Polizeistunde der Versammlung ein recht befriedigender.

Zu derselben (Kreis Niederbarnim) sprach am 27. September der Genosse Hoffmann über das moderne Raubritterthum. Der Vortrag fand eine günstige Aufnahme und war der Besuch der Versammlung ein recht befriedigender.

Arbeiter-Bildungsschule. Südost-Schule, Waldemarstraße 14; Geschlossen. Wiedereröffnung Mitte Oktober. — Nord-Schule, Wälderstr. 179a; geschlossen. Wiedereröffnung: Anfang Oktober. — Braunestraße 35, erster Hof links, 1 Tr. Bei allen Unterrichtsfächern werden neue Theilnehmer, Damen und Herren, jeder Zeit aufgenommen.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgebung. Vorsitzende: Ab. Neumann, Papestr. 17. Alle Aenderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Friedrich Kottmar, Wartenbergstr. 49, 6. 2 Tr.

Arbeiter-Kameradschaft Berlin und Umgebung. Aenderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Karl Stiller, Kleine Frankfurterstraße Nr. 7, 1 Tr.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgebung. Alle Aufschriften, den Bund betreffend, sind zu richten an Hermann Jobst, Schönhauser Allee 177 c.

Koosmos, Verein für volksthümliche Wissenschaft. Heute, abends 8 1/2 Uhr, bei Hensel, Brauereistr. 17a. Vortrag über: „Kulturdinge der Gaucopier in Afrika. Referent: Herr P. M. Wernpe. Diskussion. Gäste willkommen.

Abends 7 Uhr Stenographen-Verein „Apollonbund“. Wittmoos, den 7. Oktober, abends 9 Uhr, im Restaurant zum Storch, Köpenickerstr. 1: „Angeleitlicher Unterricht und Uebung in der ganz vereinfachten Krens'schen Stenographie.“

Möbel-Magazin **Otto & Slotawa, Tischlermeister.** **Barg-Magazin**
 Berlin NW., Bremerstrasse 67. 2. Geschäft: Gotzkowskystr. 3. (38002*) und Beerdigungs-Comtoir.

Jede Dame spart Geld
 beim Einkauf von Damenmänteln!
 Winterjakotts 5-15,00, hochelegante Modelle in Kragen, Capes, Applicationen und Stickereien auf Seiden-Püsch, Federkimmer, Seal, Eskimo, Astrachan 10-45,00. Abendmäntel, auf Seide wattirt, mit echten Pelzbesätzen 8-30,00. Stoff-Abendmäntel 8-15,00. Den Rest Regenmäntel Gelegenheitskäufen. Landsberger-Strasse 59, 1 Tr. (kein Laden).

M. Schulmeister
 Schneidermeister, 57948
 Dresdener-Strasse 4, Kottbuser Thor,
 empfiehlt zu außergewöhnlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel:

Hohenzollern-Mäntel mit einer weiten Pollarino in schwarz, grau, blau und mod. von M. 25 an.

Winter-Paletots aus Glimmstoffen, Floconné u. Rouffestoffen, schwarz, blau, braun und modifarben, 1- und 2reihig, mit Kama gefüttert von M. 18-45

Jaquet-Anzüge in gedieg. wollenen Zwiernstoffen, 1- u. 2reihig von M. 16-24

Jaquet-Anzüge in glatten Diagonal-, Kammgarn-, Satin- u. Cheviot-Stoffen, 1- u. 2reihig von M. 20-35

Jaquet-Anzüge modernster Farben in Satin- u. englischen Cheviot-Stoffen, eleg. Ausführung von M. 22-36

Kod-Anzüge i. guten, wollenen, schwarz, Kammg. u. Satin-Stoffen, moderner Façons von M. 25-38

Kod-Anzüge modernster Farben, elegante Schnitt-Façons von M. 30-42

Gehrod-Anzüge von feinen Satin-, Tuch- und Kammgarn-Stoffen, 2reihig von M. 30-45

Sport- u. Radfahrer-Anzüge. Loden-Mäntel von 9 M. an.

Beinkleider in dauerhaft, wollenen Stoffen, versch. Farben, Kammgarn und Cheviot. von M. 5-10

Anaberpaleots, Anabenanzüge, Kleidanz. Façons in gr. Auswahl.

Schulanzüge in Cheviot, Velour- und dauerhaften Zwiernstoffen, 1- und 2reihig von 5 M. an.

Bestellungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.

Begründung des Geschäfts 1873.

Künstl. Zähne 2 M. Schmerzloses Zahnleben u. Nervtöden 1 M. Plomb. 1,50. Theilzahlg. Rep. sof. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-6 Uhr.

Stonsdorfer
 Likör, echt, à Liter 1,20, 5 Liter 5,50, 10 Liter 10, — M.
 Echten alten Nordhäuser, à Liter 1, —, 5 Liter 4,50 M. 5884L.
 Advokat, feinsten Eier-Likör, Liter 1, — M., 1/2 M. — M.
 Pommeranz, Ingber, Getreidekummel, Wachholder, à Str. 1 M

Eugen Neumann & Co.
 Belle Allianceplatz 6a. Neue Friedrichstr. 81. Oranienstr. 190. Gerthnerstr. 29.
 Potsdam: Bäckerstr. 7. Charlottenburg: Kaiser Friedrichstr. 48.

Hackescher Markt 4 J. Brünn Am Stadtbahnhof Börse.
 Ältere zurückgeschickte Lagerbestände meiner
Teppiche! Gardinen! Steppdecken!
Fertige Wäsche! Leinenwaren!
 gelangen nunmehr zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen zum
Ausverkauf.

Concordia
 Kranken-Zuschuß-Kasse
 Versicherungs-Gesellschaft
 zu Berlin.
 Gegründet 1888.

Als Mitglied kann jede gesunde Person, männlich wie weiblich ohne ärztliche Untersuchung aufgenommen werden. 5889L.*
 Aufnahmen finden jederzeit statt bei
 Emil Paul, SO., Adalbertstr. 71.
 Gustav Dentsler, N., Papestr. 17a. vorn 3 Tr.

Möbel-Verkauf
 des Möbelspeichers Rosenthaler Strasse 13.
 Wegen beschleunigter Vergrößerung meiner Räumlichkeiten verkaufe ich mein Möbelspeicher zu noch nie dagewesenen Preisen. Zum Umzug und für Prunkstücke ist somit die einzig reelle Gelegenheit gegeben, Ausstattungen, sowie einzelne Stücke zu gebieten und billig einzukaufen. Man lasse sich nicht durch unwürdige Anpreisungen täuschen, sondern besichtige sich die Möbel, welche man kaufen will, genau und vergleiche dieselben mit meinen nur gelagerten Möbeln und anerkannt billigsten Preisen. Verkauf ganze Einrichtungen, sowie einzelne Stücke ganz bedeutend billiger als jeder andere Möbelhändler. Auch größtes Lager gebrauchter und verlebener gewöhnlicher Möbel zu wahren Spottpreisen: Kleiderstühle 15 Mark, Ruhstühle Kleiderstühle 20, Tischel- u. Kleiderstühle 25, Kommode 2, Sopha 18, Bettstelle mit Sprung federmatratze und Reklissen 18, Spiegel 8, Stühle 2, Ruhstuhlräume mit Stufe 20, Wäschekammer 20, neue, hochfeine Tischgarnitur 105 Mark, hochfeine Ruhstühle und Mahagoni-Möbel spottbillig. Auch gebe ich Einrichtungen auf Theilzahlung. Mein Abzahlungsgeschäft. Meine Tagesverrechnungen, wie große Möbelspeicher, gefüllte Möbel können sofort auf meinen Lagerplätzen 2 Monate liegen bleiben und werden dann durch eigene Gespanne sauber transportirt und aufgestellt, auch nach außerhalb.

Deutscher Bortier.
 Dessert u. Malzkräftbier 1. Ranges.
 Brauerei Burghalter, Potsdam, gegr. 1736, bef. f. Blutarme, Brustkr., Weichl., Wöden, Nerven, u. d. leicht bekömmlich, nahrh. kräftigste Bier. — 30 blutbild., d. d. d. d. Gesichtsfarbe u. Gewichtszunahme. 14 Bl. drei, 50 Bl. zehn M. exkl. In Geb. 1/4, 1/8, 1/16 u. Selbstabz. wesentlich billiger. Allein. Verkaufsst. f. Berlin u. Prov.: Portierkellerei Ringler, Berlin, Brauereistr. 152. Nicht Flaschenzahl — Qualität entscheidet!

Möbel Küstriner Platz, Ostbahn-Gebäude. Theilg.

Naturärztliche Vorträge
 für Männer und Frauen sehr wichtig, verständlich erklärt am künstlichen, lebensgroßen, aneinandernehmbaren Menschen von O. Grundmann, prakt. Naturheilkundiger, Charlottenburg. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Moabit, Thurnstraße 26 (Entree 10 Pf.) über Magen-, Leber-, Nieren- und Blasenleiden, Entstehung und Heilung. Jeder Verein sollte diese Vorträge hören.

Lippentrieler
 Fordert nur 97L*
 in allen Anschauungstafeln Berlins.

Zum Umzuge! Sozialistische Bilder und Hauszegen
 mit und ohne Rahmen in großer Auswahl zu billigen Preisen empfiehlt
 Th. Mayhofer Nachf. Sozialdemokratische Buchhandlung, Berlin N., Weinbergsweg 15b (a. Rosenthalerstr.)

Max Richter, Grüner Weg 65, Vereingeschäft.
 (Mary, Engels, Passalle) jeder Größe nebst Bildereinrahmung, Saal- decoration, Stocklaternen u. so gros und so detail. 5795L.*

B. Günzel, Lothringersstraße 52. Spezialität: Porträts sozialistischer Führer, Bildern u. dergl., sowie jede Dreifarben- u. u. Repar. (Man verl. Preisstarant)

Alle soliden Herren-
Cheviot, Kammg. etc., für jeden Geschmack passend, liefern in Ia. Waare zu bekannt niedrigen Preisen.
 bewiesen durch täglich eingehende Anerkennungschriften aus allen Theilen Deutschlands und des Auslandes
Wilkes & Cie., Aachener Tuchindustrie, Aachen Nr. 78.
 Bitte genau adressiren. Vorzugl. Musterwahl franko! Spez.: Aachener Fabrikat! weltbek. durch Eleganz u. Solidität.
 Unsere seit Jahren bekannten Monopol-Cheviots schwarz, blau od. braun zum gediegenen Anzuge kosten 3 1/2 Meter 10 Mark!

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaren-Fabrik
 von 5989L*
A. Schulz, Reichenbergerstraße 5.
 Liefere Wohnungs-Einrichtungen unter Garantie in Fußbaum und Mahagoni von 240, 300, 400, 500 bis 6000 M. in anerkannt gebiegender Ausführung. Billigste Preisberechnung. Preislisten franko.

R. Buske (früher Seefeldt), Grenadierstraße 33. Sätze für 100-500 Personen, Vereinszimmer noch einige gute Samabende und Sonntage zu vergeben.

Sophastoffe
 auch Reste
 in Aps, Pama, Cröpe, Phantase, Gobelin und Plüsch spottbillig!
 Proben franko!
 in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Für 11 Mark
 Stoff zu einem Herren-Anzug. Für 15 Mark ff. Kammgara oder Cheviot. Ia. Paletotstoffe. Tuch-Depot Hoher Steinweg No. 4. C. Engel.

M. Krüger's Speise-Feinöl
 ist das anerkannt beste. Zu haben in allen Kolonialwaren- und Vorkost-Geschäften. Fabrik-Lager: Berlin, Skaliherstr. 105.

Möbel
 unter Garantie guter Arbeit. Theilzahlung gestattet. 7276*
 Frz. Müller, Alte Jakobstr. 65.